Christoph Weischer

Soziale Ungleichheiten 3.0

Soziale Differenzierungen in einer transformierten Industriegesellschaft

In diesem Beitrag soll die Entwicklung sozialer Ungleichheiten in der Bundesrepublik Deutschland analysiert werden, die sich im Kontext der Transformation der klassischen wohlfahrtsstaatlich regulierten Industriegesellschaft einstellen; dieser Prozess setzt in den 1970er Jahren ein.[1] Angemessener wäre es, von zwei Industriegesellschaften (West/Ost) mit je spezifischen Produktions- und Regulierungsweisen zu sprechen; angesichts der vorherrschenden fordistischen Produktionsmodi gibt es aber auch vielerlei Ähnlichkeiten.[2] Es soll gezeigt werden, wie sich in dieser Zeit nicht nur die Formen der gesellschaftlichen Produktion verändert haben, sondern auch die Muster der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung und vor allem die der Reproduktion in den privaten Haushalten (Geschlechter- und Generationenverhältnisse, Erwerbsmodelle, Kapitalausstattungen, demografische Veränderungen). Der modifizierte Typ sozialer Ungleichheitsverhältnisse, der sich im Zusammenspiel dieser Entwicklungen einstellt, soll als »Ungleichheit 3.0« bezeichnet werden. Er unterscheidet sich systematisch von den Ungleichheitsstrukturen der wohlfahrtsstaatlich regulierten Industriegesellschaft (2.0) und von denen der noch wenig regulierten frühen Industriegesellschaft (1.0).

Zunächst werden ausgehend von einer Skizze der klassischen Industriegesellschaft die Charakteristika des Transformationsprozesses dargestellt (I), um dann die damit verbundenen Ungleichheitseffekte zu analysieren (II). In der Zusammenschau dieser Entwicklungen (III) lassen sich schließlich die Spezifika sozialer Differenzierungen in einer transformierten Industriegesellschaft (IV) präzisieren.

Der Begriff der sozialen Ungleichheit wird im Folgenden als deskriptiver Begriff zur Charakterisierung differenter Lebenslagen genutzt. In ähnlicher Weise wird auch der Begriff der sozialen Differenzierung unabhängig von normativen und theoretischen Positionierungen[3] verwandt. Lebenslagen können über die längerfristig differente Ausstattung mit wichtigen Ressourcen charakterisiert werden; diese umfassen vor allem ökonomisches und kulturelles Kapital (eventuell auch soziales und andere Humankapitalien). Im Folgenden stehen vor allem monetäre Ungleichheiten im Zentrum des Interesses. Um zu klären, wie soziale Ungleichheiten entstehen, wie sie sich reproduzieren und verändern, werden drei Arenen unterschieden, die einen je spezifischen Beitrag zur Differenzierung oder Homogenisierung sozialer Lagen leisten (Abbildung 1).[4]

---

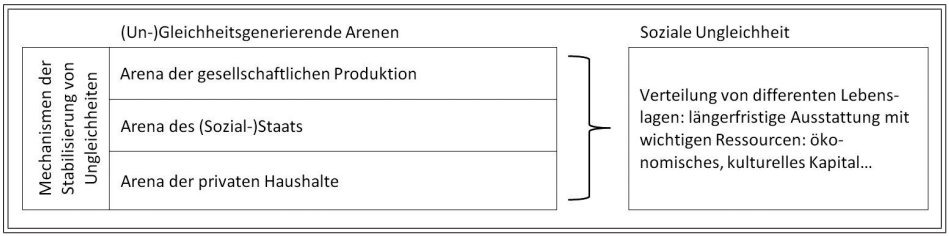
1 An späterer Stelle wird diese Einordnung noch weiter reflektiert.

2 Andreas Wirsching geht davon aus, dass sich in den kommunistischen Ländern Osteuropas eine eigene Form des Fordismus entwickelt habe, »mit lebenslanger Arbeitsplatzsicherheit und sozialer Fürsorge bei allerdings minderer Produktivität und niedrigem Lebensstandard«. Vgl. *Andreas Wirsching*, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, hier: S. 261.

3 Vgl. die Darstellung von *Thomas Schwinn*, Institutionelle Differenzierung und soziale Ungleichheit, in: *ders.* (Hrsg.), Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung, Frankfurt am Main 2004, S. 9–68.

4 Eine genauere Erläuterung des Modells findet sich in *Christoph Weischer*, Sozialstrukturanalyse. Grundlagen und Modelle, Wiesbaden 2011, S. 38ff.

Abbildung 1: Analytisches Modell



In der Arena der Produktion wird der gesellschaftliche Reichtum produziert und es entstehen differente Einkommen, mit denen zum Beispiel selbstständige und abhängige Arbeit entgolten werden. Zugleich werden hier die materiellen Voraussetzungen für den Sozialstaat erwirtschaftet. In der Arena des (Sozial-)Staats beziehungsweise der subsidiären Akteure wird der gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozess reguliert; diese Arena fungiert als Umverteilungsinstanz; schließlich werden hier im Sinne der Wohlfahrtsproduktion Güter und Dienstleistungen erbracht beziehungsweise beauftragt. Die Arena der privaten Haushalte fungiert auf der Mikroebene als Kumulations- und Umverteilungsinstanz; hier werden aber auch im Prozess der Haushaltsproduktion Güter und Dienstleistungen hergestellt; schließlich werden Arbeitskräfte für die Erwerbsarbeit bereitgestellt und es wird insbesondere durch Mobilisierung unbezahlter (meist weiblicher) Arbeit deren Reproduktion organisiert. Die einzelnen Arenen zeichnen sich durch je spezifische Akteurskonstellationen, Handlungsstrategien und -logiken, Kapitalien beziehungsweise Ressourcen und Machtverhältnisse aus.

Über das Zusammenwirken der drei Arenen stellen sich dann spezifische Lebenslagen ein: So werden im Produktionsprozess Einkommen erzielt; über den Sozialstaat werden diese Einkommen umverteilt oder es werden Transfereinkommen gezahlt; schließlich erfolgen auf der Haushaltsebene weitere Umverteilungen zum Beispiel zwischen Partnern oder zwischen Erwachsenen und Kindern. Die Arenen sind durchaus als Kampffelder (im Sinne Pierre Bourdieus) zu begreifen, in denen unterschiedliche Akteure beziehungsweise damit verbundene soziale Gruppen um Macht und Einfluss kämpfen. Soziale Ungleichheiten stellen sich dann im Zusammenspiel verschiedener Arenen als ein (eher) abgeleitetes Phänomen ein; es sind manchmal eher nicht intendierte Handlungsfolgen, Effekte der Ungleichzeitigkeit oder relationale Effekte, die zum sozialen Auf- und Abstieg einer Gruppe beitragen.

Zur Vollständigkeit des analytischen Modells sei noch auf die Mechanismen verwiesen, die arenenübergreifend zur Stabilisierung von Ungleichheiten beitragen[5], indem diese institutionell und personell ›vererbt‹ werden, indem sie in Bildern und Symbolen, aber auch in Körpern stabilisiert werden. Auf diesen Bereich kann hier leider nicht weiter eingegangen werden.

I. Die Transformation der Industriegesellschaft

Wenn von der Transformation der Industriegesellschaft gesprochen wird, so ist damit nicht die Industriegesellschaft des späten 19. und frühen des 20. Jahrhunderts gemeint, sondern jene wohlfahrtsstaatlich regulierte Industriegesellschaft (2.0), die in Deutschland ab den 1930er Jahren und vor allem im Nachkriegsboom der 1950er und 1960er Jahre entstanden ist. Als argumentative Referenz sollen kurz die zentralen Differenzierungsprinzipien dieser Industriegesellschaft skizziert werden.

5 Vgl. ebd., S. 287ff.

Soziale Ungleichheit in der wohlfahrtsstaatlich regulierten Industriegesellschaft

Von zentraler Bedeutung ist nach wie vor die Unterscheidung von Kapital und Arbeit entlang der Logik kapitalistischer Produktion; beide Pole haben sich jedoch erheblich ausdifferenziert. Es kommt auf der Kapitalseite zu einer Ausdifferenzierung von produktivem Kapital und Finanzkapital; in den Unternehmen kommt es zu einer Teilung der unternehmerischen Tätigkeit. Auch innerhalb der abhängigen Arbeit stellen sich vielerlei formelle und informelle Differenzierungen ein: nach der Stellung in der Hierarchie, nach Leistung beziehungsweise Qualifikation, nach manueller und nicht manueller Arbeit, nach Sozialversicherungsstatus, nach dem Geschlecht, nach Migrationshintergrund.[6] Auch der Ausbau der Staatstätigkeit führt zu einer Komplizierung sozialer Lagen. Neben der Ausdifferenzierung der Erwerbsarbeit bilden die Unterscheidung von entlohnter und nicht entlohnter Arbeit und die typischerweise geschlechtliche Zuweisung dieser Arbeiten zentrale Differenzierungsmomente. Von besonderer Bedeutung ist die arenenübergreifende Verzahnung und Stabilisierung von Differenzierungen zum Beispiel durch ein Geschlechterregime, das eine spezifische Form der Teilung von entlohnter und nicht entlohnter Arbeit (Male-Breadwinner-Modell), eine spezifische Entlohnungsstruktur (Familienlöhne für die Männer, Zuverdienst für Frauen) und schließlich spezifische Formen der sozialstaatlichen Regulierung (zum Beispiel Ehegattensplitting, erwerbsbezogene Sozialleistungen, Familienlöhne) verknüpft. Mit dem Ausbau des Sozialstaats sind neben den erwerbsbezogenen Klassen sogenannte Versorgungsklassen[7] entstanden, die temporär oder längerfristig von öffentlichen Transfers abhängig sind. Soziale Lagen werden so in hohem Maße von der Stellung im wohlfahrtsstaatlich regulierten Produktions- und Reproduktionsprozess geprägt.

Auf der diskursiven Ebene kam es tendenziell zu einer Dethematisierung sozialer Ungleichheiten, so verschwand der Klassenbegriff nach und nach aus dem politischen Raum. Bildungsbezogene Ungleichheiten wurden im Vorfeld der Bildungsexpansion breit diskutiert, waren dann aber – bis zur ersten PISA-Studie von 2000 – nicht länger von medienöffentlichem Interesse. Die differenten Lagen von Männern und Frauen waren bis zur zweiten Frauenbewegung in die Privatheit verbannt, Migrantinnen und Migranten wurden den ›Anderen‹ zugerechnet bis nach und nach die ›Einwanderungsgesellschaft‹ akzeptiert wurde.

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts setzte ein allmählicher Transformationsprozess dieser klassischen wohlfahrtsstaatlich regulierten Industriegesellschaft (Modus 2.0) ein; mittelbar veränderten sich so auch die damit verbundenen Ungleichheitsstrukturen. Dieser Transformationsprozess stellt sich zunächst als Wandel der gesellschaftlichen Produktion dar; er wird aber von gesellschaftsweiten Reinterpretations- und Reorganisationsprozessen begleitet, die in allen Arenen ihre Wirkung zeigen.

Die Transformation der gesellschaftlichen Produktion

Die langfristigen Veränderungen der produktiven Basis der kapitalistischen Industriegesellschaft lassen sich zunächst in der Branchenperspektive (Wirtschaftszweige) rekonstruieren.[8] In Ost- und Westdeutschland gewann zunächst der sekundäre Sektor erheblich

6 Vgl. dazu *Chris Tilly*/*Charles Tilly*, Work Under Capitalism, Boulder, CO 1998.

7 Vgl. *M. Rainer Lepsius*, Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierungen, in: *Hans Ulrich Wehler* (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 166–209.

8 Vgl. Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundes (Statistisches Bundesamt, destatis 2013) sowie aus verschiedenen Jahrgängen der Statistischen Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

an Bedeutung, bis ab den 1970er Jahren insbesondere im Westen der tertiäre Sektor die Oberhand erlangte. Das populäre und auch in Teilen der Sozialwissenschaft kaum hinterfragte Bild eines Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ist jedoch irreführend. Die »materielle Produktion«, wo auch immer sie lokalisiert ist, verschwindet nicht; vielmehr wird sie systematisch durch Dienstleistungen (zum Beispiel Forschung und Entwicklung) vorbereitet, begleitet und durch darauf bezogene Dienstleistungen (vom Produkt zur Problemlösung) ergänzt.[9] Darüber hinaus kommt es zu Verschiebungen von vormals haushaltlich erbrachten Dienstleistungen zu öffentlichen oder marktförmig erbrachten Leistungen.

> »Das Ergebnis all dieser Entwicklungen ist eine immer engere Verflechtung und Vernetzung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche, so daß traditionelle Branchenabgrenzungen zunehmend unscharf und fließend werden. Der Prozeß der Tertiarisierung bedeutet somit nicht, daß industrielle Produkte durch Dienstleistungen verdrängt werden, sondern daß alte Güter durch qualitativ neuartige Güter verdrängt werden, bei denen in manchen Fällen kaum noch auszumachen ist, ob sie ein industrielles Produkt oder eine Dienstleistung darstellen.«[10]

In Deutschland kommt es in weitaus geringerem Maße als in vergleichbaren Ländern zu einer Erosion der industriellen Basis. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden von einer transformierten Industriegesellschaft gesprochen.

Aus der Perspektive der ausgeübten Berufe (vgl. Abbildung 3) liegt der statistische Umschlagpunkt von sekundären zu tertiären Tätigkeiten etwa zehn Jahre früher, als es aus der Branchenperspektive erscheint.[11] Demnach haben viele Transformationsprozesse bereits

---

9 Vgl. dazu *Eckhard Heidling*/*Fritz Böhle*/*Thomas Habler* (Hrsg.), Produktion mit Dienstleistung. Integration als Zukunftschance, München 2010.

10 *Henning Klodt*/*Rainer Maurer*/*Axel Schimmelpfennig*, Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft, Tübingen 1997, S. 56. Vgl. auch *Gerold Ambrosius*, Sektoraler Wandel und internationale Verflechtung. Die bundesdeutsche Wirtschaft im Übergang zu einem neuen Strukturmuster, in: *Thomas Raithel*/*Andreas Rödder*/*Andreas Wirsching* (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 17–30. Dementsprechend unterscheidet sich auch die Logik des tertiären Sektors von der, die die Vertreter dieses Modells postuliert hatten. »Es war nicht in erster Linie die Endnachfrage der privaten Haushalte, sondern vor allem die Vorleistungsnachfrage der Unternehmen, von der die stärksten Impulse ausgingen« (*Klodt*/*Maurer*/*Schimmelpfennig*, Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft, S. 55f.).

11 Dieser Befund verweist auf die Probleme, den Wandel der Industriegesellschaft zu datieren. Es ist »ein Wandel, der sich für die Zeitgenossen eher inkrementell darstellt, während die langfristigen Auswirkungen von Veränderungen zunächst kaum erkennbar waren« (*Knud Andresen*/*Ursula Bitzegeio*/*Jürgen Mittag*, Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) im Wandel. Problemfelder und Fragestellungen, in: *dies.* (Hrsg.), »Nach dem Strukturbruch«? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 7–22, hier: S. 12). So haben im Bereich der Produktion wichtige Veränderungen weitaus früher eingesetzt. Mit dem Zechensterben erodierte ein wichtiger Eckpfeiler der Montanindustrie. Die Rationalisierung und frühe Informatisierung durch erste Bürocomputer lieferte schon in den frühen 1960er Jahren einen Vorgeschmack auf spätere Entwicklungen. Im (sozial-)staatlichen Bereich setzen mit der Bildungsexpansion und der Arbeitsmigration bereits in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren lang wirkende Veränderungsprozesse ein. Auch auf der Haushaltsebene stieg die Erwerbsquote von Frauen – von der Kriegswirtschaft und einem leichten Einbruch in den 1950er Jahren abgesehen – im 20. Jahrhundert kontinuierlich an (vgl. *Walter Müller*/*Angelika Willms*/*Johann Handl*, Strukturwandel der Frauenarbeit 1880–1980, Frankfurt am Main/New York 1983, S. 35). Die endgültigen Kinderzahlen liegen im ganzen 20. Jahrhundert unter dem sogenannten Ersatzniveau und gehen sehr gleichmäßig zurück (vgl. *Weischer*, Sozialstrukturanalyse, S. 210). Auch die Erosion des männlichen Alleinernährermodells setzte bereits in den 1950er Jahren ein und nahm danach einen sehr gleichmäßigen Verlauf (vgl. *Christoph Weischer*,

weit eher als Mitte der 1970er Jahre begonnen, aber diese Veränderungen verliefen recht langsam (Bildungsexpansion, Veränderung der Ernährermodelle, Migration). Zudem wirkten systemische (DDR) und institutionelle Rahmungen (Ausrichtung der Regulierungspolitik von Interessenverbänden und sozialstaatlichen Akteuren am klassischen Industriemodell und den damit verbundenen nationalistischen, ethnozentrischen oder sexistischen Normalmodellen) sowie die Nichtwahrnehmung des Wandels durch die politische Öffentlichkeit oder die Wissenschaft (zum Beispiel die Industriesoziologie) eher retardierend.

Gesellschaftsweite Reorganisations- und Reinterpretationsprozesse

Im Rahmen der Transformation der Industriegesellschaft vollziehen sich in allen drei Arenen seit den 1970er Jahren Prozesse der Reinterpretation und der Reorganisation, die vielerlei Ähnlichkeiten aufweisen. Überall kommt es zu einer Reorganisation von Arbeitsteilungen und Arbeitsorganisation: Zum einen wird die Arbeitsteilung zwischen innen und außen (zum Beispiel im Kontext von *Make-or-Buy*-Entscheidungen) neu definiert; zum anderen wird die Binnenorganisation der Arbeit neu strukturiert. Ein großer Teil dieser Reorganisationen lässt sich zudem im Sinne der *boundary-work* begreifen: Es geht um die Neubestimmung von organisationalen Grenzen, um räumliche beziehungsweise politische Grenzen, um die Grenzen von menschlicher Arbeit und Technik und schließlich um die Grenzen von entlohnter und nicht entlohnter Tätigkeit. Diese Reorganisationsprozesse gehen mit Reinterpretationsprozessen der Handlungssituation der beteiligten Akteure einher: Unternehmen definieren sich selbst und ihre Gewinnstrategien neu, sie arbeiten an Storys für Investoren; sozialstaatliche Einrichtungen diskutieren ihr Leitbild und in den Haushalten wird um die Rollenbilder von Männern, Frauen und Kindern gestritten. Einen Überblick über die gesellschaftsweiten Reorganisations- und Reinterpretationsprozesse gibt die Abbildung 2; die Darstellung soll Prozesse exemplifizieren und erhebt keinen Vollständigkeitsanspruch.

Diese Reinterpretations- und Reorganisationsprozesse sollten nicht unidirektional begriffen werden; man hat es mit einem großen Experimentierfeld zu tun; es werden Veränderungen vorgenommen, sie werden korrigiert, zurückgenommen; es werden neue Versuche gestartet. Es sind zudem vernetzte Prozesse: im Sinne der wechselseitigen Reaktion auf andere Akteure und im Sinne der Ausstrahlung von Reinterpretations- und Reorganisationsparadigmen (organisationales Lernen). Man hat es selten mit ökonomischen, politischen oder technologischen Determinismen zu tun: Das heißt, die Nutzung neuer Technologien oder Infrastrukturen, neuer politischer oder ökonomischer Handlungsmöglichkeiten geht auf strategische Entscheidungen zurück, die im Kontext bestimmter Fortschritts- und Optimierungsgeschichten getroffen werden. Somit hängen Prozesse der (individuellen und kollektiven) Reinterpretation und Reorganisation eng zusammen.[12] Wenn einmal die ›Wissens-‹ oder die ›globalisierte Gesellschaft‹ ausgerufen wurde und wichtigen Akteuren plausibel erscheint, dann werden diese Konzepte wirkmächtig.[13]

Paid and Unpaid Work in the Context of Household Strategies, Unpublished Working Paper Presented at the Workshop »›(De-)Standardisation‹ of Work Biographies in the 20th Century«, Berlin 2012, S. 5).

12 Das lässt sich gut an den sich verändernden Methoden des »Accounting« (und ihrer Durchsetzung) zeigen, die nach und nach zum Beispiel den Blick auf den Erfolg oder Misserfolg eines Unternehmens verändern. In ähnlicher Weise wirken die Ranking- und Rating-Praktiken.

13 Vgl. dazu *Thomas W. Zeiler*, Offene Türen in der Weltwirtschaft, in: *Akira Iriye*/*Jürgen Osterhammel* (Hrsg.), Geschichte der Welt 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 184–356.

Abbildung 2: Übersicht über die Reinterpretations- und Reorganisationsprozesse in den verschiedenen Arenen

	Produktion	**(Sozial-)Staat und subsidiäre Akteure**	**Private Haushalte**
Reinterpretationsprozesse:			
• Diskurse	• Lean Management, Lean Production, Netzwerkunternehmen, Zurück zum Kerngeschäft • Globalisierung • Global Sourcing, globale Produktionsketten • Qualitätsmanagement, Zero Defects • Standortkonkurrenz der Produktion	• Leitbilddebatten, Paradigmata der sozialen Sicherungssysteme: Fordern und Fördern, schlanker Staat <> sorgender Staat, Verantwortung des Sozialstaats <> Eigenverantwortung/Ehrenamt, Prävention und Vorsorge • Standortkonkurrenz von Nationalstaaten • Qualitätssicherung	• Neuaushandlung von Generationsrollen, Geschlechterrollen • Neubestimmung der Aufgaben der Familien/des Haushalts (z. B. in Abgrenzung zur Schule, zum Betrieb) • Eigenverantwortung • Employability/Verwirklichungschancen • Beschleunigung <> Entschleunigung, Burn-Out <> Bore-Out
• Reinterpretationsakteure	Organisationsberater, Analysten, Ratingagenturen, internationale Organisationen	Organisationsberater, Analysten, Ratingagenturen, internationale Organisationen, EU	Beratungsstellen (z. B. Ehe-, Erziehungs-, Bildungsberatung), Beratung durch Medien
• Steuerungsinstrumente	• Stakeholder-Value > Shareholder-Value/Finanzialisierung • Accounting, Controlling, Cost-Center • Rating von Unternehmen und Finanzprodukten • Best-Practice-Modelle, Benchmarking	• Rating/Ranking von Nationalstaaten, Regionen, Kommunen • Budgetierung, Buchhaltung und Controlling • Zielvereinbarungen, Eingliederungsvereinbarungen • Evaluation • Orientierung an Best-Practice-Modellen	• Eheverträge • Lebensläufe • Coaching • Mentoring-Programme
Reorganisationsprozesse:			
• Finanzialisierung	• Auflösung der Deutschland AG, Bedeutungszuwachs der Börsenfinanzierung, • Veränderungen des Accounting	• Deregulierung der Finanzmärkte • Public-Private-Partnership	• private Versicherung von Risiken (Gesundheit, Alter, …) • Bildungsdarlehen
• Outsourcing (organisationale Verschiebung)	Auslagerung der Güter- und Dienstleistungsproduktion in eigene private Unternehmen, an Alleinunternehmer, Scheinselbstständige	Auslagerung der Güter- und Dienstleistungsproduktion in private oder wohlfahrtsverbandliche Unternehmen (Aufgabenverschiebung zwischen Sozialstaat und Wohlfahrtsverbänden, Privatisierung öffentlicher Dienste)	teilweise Auslagerung der Güter- und Dienstleistungsproduktion in private oder wohlfahrtsverbandliche Unternehmen, Alleinunternehmer bzw. an andere Haushalte (Verwandtschaft, Nachbarschaft, …)
• Mergers and Acquisitions	Fusionen, (feindliche) Übernahmen, Restrukturierung, Verkauf von Betriebsteilen	Gebietsreformen, Funktionalreformen, Neuordnung/Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten	
• Onshoring/Offshoring (geografische Verschiebung im nationalen/internationalen Rahmen)	Auslagerung der Güter- und Dienstleistungsproduktion in andere Unternehmensstandorte, Regionen, Länder	Neuaushandlungen von Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen bzw. EU/Euro-Ländern und Nationalstaaten (europäische Integration, Wiedervereinigung)	(zeitweise) Migration des Haushalts, einzelner Haushaltsmitglieder, Binnenmigration
• Technisierung/Rationalisierung der bisherigen Produktion	Rationalisierung von zumeist wenig qualifizierter (manueller, nicht manueller) Arbeit	Rationalisierung von zumeist wenig qualifizierter (manueller, nicht manueller) Arbeit	Einsatz von Haushaltsmaschinen, aufbereiteten Vorprodukten
• Reorganisation (der verbliebenen Arbeit)	Verflachung von Hierarchien, Reorganisation der Qualitätskontrolle, Cost-Center, Leistungsbemessung	Formalisierung und Standardisierung von Abläufen, Leistungsbemessung	Neuaushandlung der Teilung von Erwerbs- und Haushaltsarbeit zwischen Geschlechtern und Generationen
• Verschiebungen zwischen entlohnter und nicht entlohnter Arbeit	• der arbeitende Kunde • Nichtentlohnung von Erwerbstätigen (unbezahlte Mehrarbeit, …)	• ehrenamtliche Arbeit • Nichtentlohnung von Erwerbstätigen (unbezahlte Mehrarbeit, unrealistische Vorgabezeiten, …)	• Einsatz externer Arbeitskraft (national <> internationale, legal <> illegal) • Nichtentlohnung von Erwerbstätigen (unbezahlte Mehrarbeit, …)
• Beschäftigung und Entlohnung	• Befristung, Leiharbeit, Werkverträge • Niedriglöhne • Schwarzarbeit, Beschäftigung von sog. Illegalen	• Befristung, Leiharbeit, Werkverträge • Niedriglöhne	• Befristung, Leiharbeit, Werkverträge • Niedriglöhne • Schwarzarbeit, Beschäftigung von sog. Illegalen

Es entstehen auf allen Ebenen professionelle Akteure und Institutionen, die systematisch Reinterpretations- und Reorganisationsprozesse forcieren, unterstützen, analysieren: Organisationsberatungen, Rating-Agenturen, Controlling-Abteilungen. Diese wirken vornehmlich im Bereich der Produktion beziehungsweise des Sozialstaats. Sie wirken aber auch in die Haushalte hinein: Coaching, Fallmanagement, Schuldnerberatung, Erziehungsberatung, Bonitätsprüfungen sind Beispiele hierfür. Dabei werden die analytischen Potenziale der Wirtschafts-, Sozial- und Humanwissenschaften – im schlechten und im guten Sinne – auf breiter Linie genutzt. Es sind die an den Fachhochschulen und Universitäten seit den 1960er Jahren ausgebildeten Expertinnen und Experten, die nach und nach die organisationsintern qualifizierten Praktikerinnen und Praktiker ersetzen oder sich in gänzlich neuen Praxisfeldern einrichten. In diesem Sinne hat man es in allen Arenen mit einem neuen Typ von Professionalität zu tun, der im Kontext der Logiken der jeweiligen Arena und im Kontext wechselnder Paradigmen – in Abgrenzung zu den vorherrschenden Optimierungsparadigmen und ihren Vertreterinnen und Vertretern – ganz unterschiedliche Optimierungen hervorbringt: Optimierungen der Technik, der Arbeitsorganisation, der Logistik, der Beratung und Information, der sozialen Unterstützung. Die Logiken dieser Optimierungen sind durchaus verschieden und arenenspezifisch, aber die Denkfiguren und Techniken ihrer Implementierung weisen vielerlei Homologien auf. Angesichts des unsteten Verlaufs der Transformationsprozesse spielen Phänomene der Zeitlichkeit eine wichtige Rolle: Wer springt zu welchem Zeitpunkt auf welchen Zug, wer verlässt ihn rechtzeitig? Wem gelingt es, sich rechtzeitig veränderten Rahmenbedingungen anzupassen?

Viele wissenschaftliche Deutungsangebote versuchen, diese Transformationsprozesse auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen: so zum Beispiel die Neoliberalismus-, die Landnahme- beziehungsweise Vermarktlichungs- oder die Finanzkapitalismusthese.[14] Ganz anders wird argumentiert, wenn der Eintritt in eine »reflexive Moderne« konstatiert oder der »neue Geist des Kapitalismus«, das »unternehmerische Selbst« oder Prozesse der Beschleunigung analysiert werden.[15] Auch die Industriesoziologie war an der Deutungsarbeit beteiligt: so die Rede von »neuen Produktionskonzepten« beziehungsweise »flexibler Spezialisierung« oder die Fordismus-Postfordismus-These.[16]

Alle Diagnosen sind vordergründig schlüssig, aber sie verleihen den Prozessen eine größere Konsistenz, indem sie einen omnipotenten Ökonomismus beziehungsweise Finanzialismus oder Kulturalismus unterstellen und die relative Autonomie der Akteure, die wirksamen Gegenkräfte und die relative Trägheit von Institutionen (das Vermögen, Ver-

14 Vgl. *Klaus Dörre*, Die neue Landnahme, in: *ders./Stephan Lessenich/Hartmut Rosa*, Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt am Main 2009, S. 21–86, oder die Beiträge in *Paul Windolf*, (Hrsg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden 2005.

15 Vgl. *Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash*, Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt am Main 1996; *Luc Boltanski/Ève Chiapello*, Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003; *Ulrich Bröckling*, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt am Main 2007; *Hartmut Rosa*, Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik, in: *Klaus Dörre/Stephan Lessenich/ders.*, Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt am Main 2009, S. 87–125.

16 Vgl. *Horst Kern/Michael Schumann*, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München 1984, und *Michael J. Piore/Charles F. Sabel*, Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Berlin 1985. Diesen Systematisierungen stand auf der anderen Seite zum Beispiel Deutschmanns These von den »Managementmoden« entgegen (vgl. *Christoph Deutschmann*, Die Mythenspirale. Eine wissenssoziologische Interpretation industrieller Rationalisierung, in: Soziale Welt 48, 1997, S. 55–70).

änderungsansinnen zu entschärfen, umzudeuten, zu unterlaufen)[17] unterschätzen. Trotz der scheinbar gleichsinnigen Prozesse sollten die spezifischen Motive der Akteure differenziert analysiert werden; sowohl Ökonomismus wie Kulturkritik stehen einer präzisen Diagnose entgegen.

Eine nicht unwichtige Rolle spielen auch die sich wechselseitig affirmierenden diskursiven Prozesse. Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael sprechen von einem »unvermuteten Zusammentreffen dreier im Ursprung völlig unabhängiger Komponenten«: Digitalisierung, Neoliberalismus, Entfaltung des Individuums.[18] Andreas Wirsching fasst die Veränderungen in den Diskursen (von politischen Akteuren, Experten und Beratern) und die Möglichkeiten der Regulation treffend zusammen. Demnach handelten die Diskurse

»nicht mehr primär von staatlichen Strukturen, die es zum Schutz der Arbeit gegen zu hohe Kapitalabhängigkeit ins Werk zu setzen gelte. Im Gegenteil: Die Deregulierungs-, Privatisierungs- und Entstaatlichungsmaßnahmen der 1980er und 1990er Jahre verbanden sich […] mit dem politischen Eingeständnis, die Mächte der Globalisierung nicht bändigen zu können. Wenn man aber faktisch weder der Technik noch den Marktgesetzen in der globalen Wirtschaft ausweichen konnte, dann galt es letztendlich, den Menschen selbst anzupassen: seine Gewohnheiten, Fähigkeiten, Arbeitstechniken gleichsam zu modernisieren.«[19]

Damit rückte zum Beispiel das Konzept der Employability in den Fokus sozialpolitischer Interventionen. Dennoch sollten aber auch die Anschlusspunkte dieser neuen Orientierung nicht übersehen werden; so waren im Kontext kooperativer Gewerkschaftspolitik schon früher Lohn-Leistungs-Pakte zwischen betrieblicher Interessenvertretung und Geschäftsleitung geschlossen worden.

II. Die Entwicklung der verschiedenen Arenen und ihre Folgen für soziale Differenzierungen

Im Folgenden sollen unter Verwendung des oben skizzierten Modells wichtige Transformationsprozesse der Industriegesellschaft beschrieben und ihr Beitrag zur sozialen Ungleichheit aufgezeigt werden. Mit den verschiedenen Arenen sind je spezifische Prozesse der Einkommensgenerierung, -umverteilung und -verwendung verbunden. Erst im Zusammenspiel der Arenen entstehen schließlich die ungleichen Einkommenslagen, die im folgenden Abschnitt (III) behandelt werden.

---

17 Vgl. dazu zum Beispiel *Kathleen Thelen*, How Institutions Evolve. The Political Economy of Skills in Germany, Britain, the United States, and Japan, Cambridge/New York etc. 2004, oder *Michael Faust/Reinhard Bahnmüller/Christiane Fisecker*, Das kapitalmarktorientierte Unternehmen. Externe Erwartungen, Unternehmenspolitik, Personalwesen und Mitbestimmung, Berlin 2011.

18 *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Der Epochenbruch in den 1970er-Jahren. Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«, in: *Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag*, Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) im Wandel. Problemfelder und Fragestellungen, in: *dies.* (Hrsg.), »Nach dem Strukturbruch«? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 25–40, hier: S. 31.

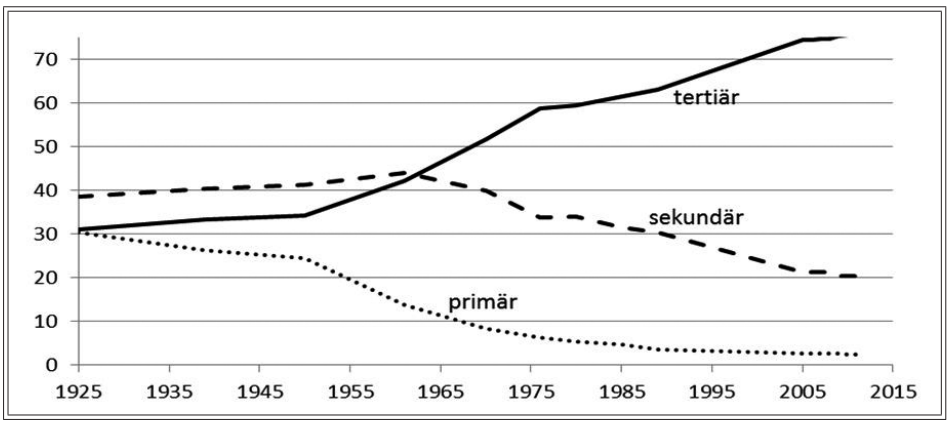
19 *Wirsching*, Der Preis der Freiheit, S. 250ff. Ganz ähnlich verweist Anthony Giddens auf den »Dschagannath-Wagen« (vgl. *Anthony Giddens*, Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main 1995, hier: S. 173).

Entwicklung der Arbeit und Beschäftigung

Mit der Transformation der industriegesellschaftlichen Produktionsweise gehen erhebliche Veränderungen der Erwerbsarbeit, der Entlohnung und der Beschäftigungsformen einher.

Veränderungen der Arbeit: Während die Branchenperspektive den sektoralen Wandel betriebsbezogen (nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit) beschreibt, ermöglicht es die Berufsperspektive weitaus besser, den Wandel der Arbeit zu erfassen. So kommt auch die Tertiarisierung der Berufe im sekundären Sektor in den Blick. Wie Abbildung 3 zeigt, sind die Grundmuster der Entwicklung ähnlich der Branchenperspektive.

Abbildung 3: Erwerbstätige nach Sektoren (Zuordnung nach Berufsfeldern)[20]



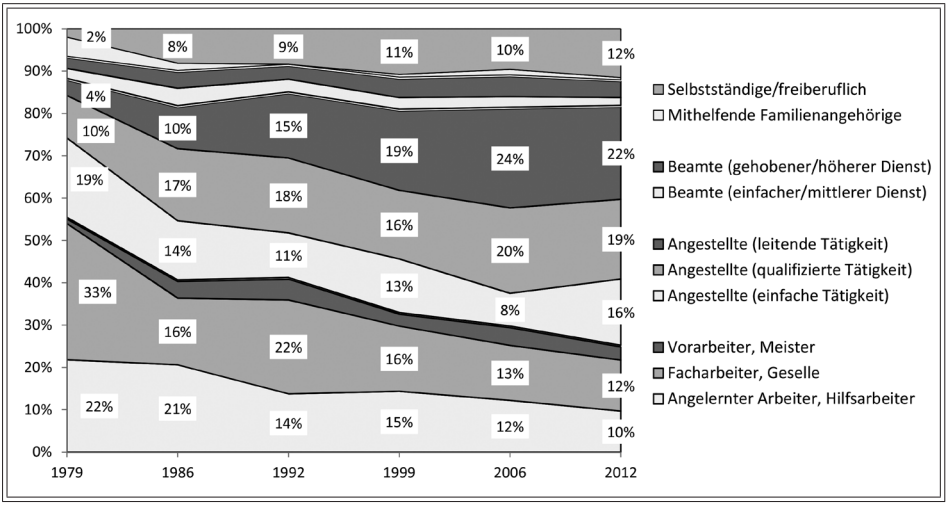
Neben dem säkularen Rückgang von landwirtschaftlichen Berufen findet sich in der Nachkriegszeit der bekannte Chiasmus der rückläufigen sekundären und der wachsenden tertiären Berufe. Der Gleichstand von Erwerbstätigen in Produktions- und Dienstleistungsberufen wird wie erwähnt aber bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre erreicht. Das heißt, der Umschlagpunkt von der Produktions- zur Dienstleistungsdominanz liegt deutlich mehr als zehn Jahre früher als die betriebliche Perspektive suggeriert. So arbeiteten bereits in den Hochzeiten der Industriegesellschaft mehr Beschäftigte in sogenannten Dienstleistungs- als in Produktionsberufen. In Abbildung 4 wird der damit verbundene Wandel sozialrechtlicher und qualifikatorischer Art dargestellt.

Neben den bekannten Verschiebungen zwischen Arbeitern und Angestellten ist für Fragen der sozialen Ungleichheit von besonderem Interesse, dass eher jene Gruppen anwachsen, die eine hohe Binnenstreuung der Einkommen aufweisen, so zum Beispiel qualifizierte und leitende Angestellte, die oberen Beamtenlaufbahnen und die Selbstständigen.

Im Prozess der Tertiarisierung erhöhen sich die von den Erwerbstätigen geforderten Qualifikationen deutlich (Abbildung 5). Noch Mitte der 1980er Jahre hatten sich Arbeitsplätze für qualifizierte (berufliche Ausbildung beziehungsweise Hochschulabschluss) und weniger qualifizierte Beschäftigte etwa die Waage gehalten. 2012 machen die ersteren mehr als 70 % der Arbeitsplätze aus. Vor allem der Anteil der Hochqualifizierten hat sich

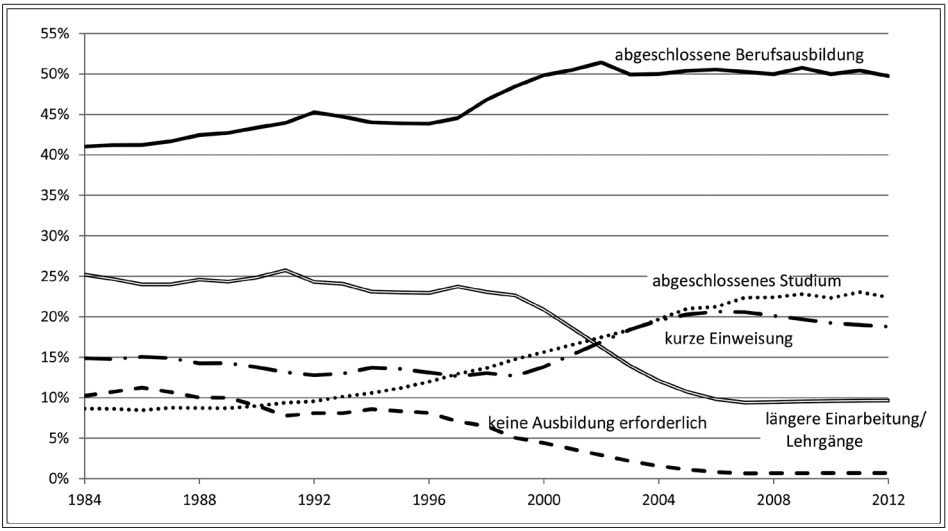
20 In dieser und den folgenden Darstellungen beziehen sich Angaben zwischen 1949 und 1989 nur auf die alten Bundesländer. Eigene Berechnungen nach *Reinhard Stockmann*/*Angelika Willms-Herget*, Erwerbsstatistik in Deutschland, Frankfurt am Main/New York 1985, S. 178–180; *Klodt*/*Maurer*/*Schimmelpfennig*, Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft, S. 52; Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, Wiesbaden 2012.

Abbildung 4: Stellung im Beruf[21]



fast verdreifacht. In hohem Maße vollzogen sich diese Veränderungen zwischen 1996 und 2004; nicht zufällig fällt in diesen Zeitraum auch ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote. Sowohl die Arbeitsplätze, die längere Einarbeitungen erfordern, wie auch die, die keine Ausbildung voraussetzen, gehen zurück. Auch hier sind es eher die Gruppen mit einer hohen Einkommensstreuung, die zunehmen.

Abbildung 5: Entwicklung der erforderlichen Berufsausbildung[22]



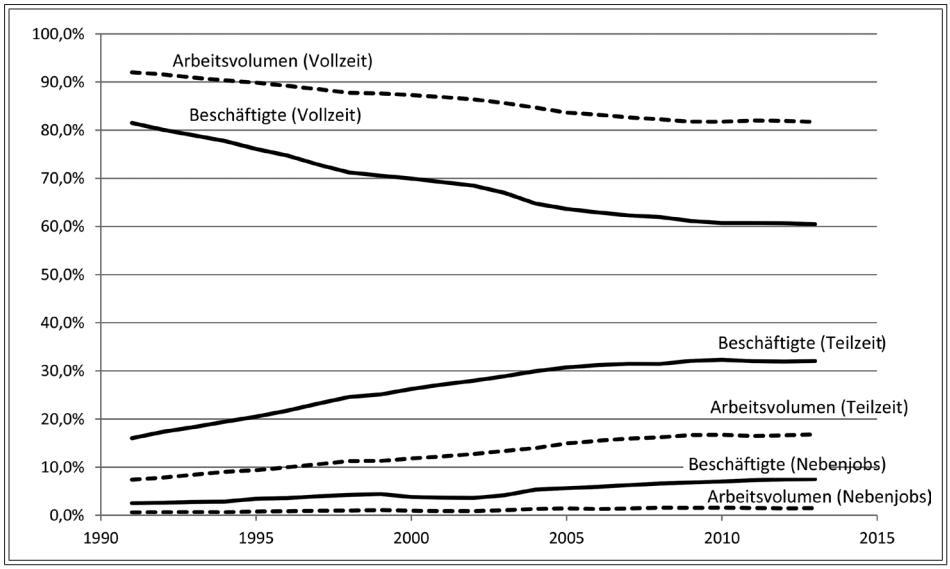
21 Eigene Berechnungen auf Basis der Erwerbstätigenbefragung. Das Verhältnis der qualifizierten zu den leitenden Angestellten wurde wegen Veränderungen der Abgrenzung im Jahr 2006 und 2012 auf dem Stand von 1999 eingefroren.

22 Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eigene Berechnungen, gleitendes Mittel, ungewichtet. Die Daten gehen auf Angaben der Beschäftigten zurück.

Die skizzierten Veränderungen der Arbeit und der Strukturbruch in den neuen Bundesländern gingen mit einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, einher. Während sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen nach dem Einsetzen der Massenarbeitslosigkeit zunächst bis Anfang der 1980er Jahre unter 200.000 bewegte, wurden in den 1980er Jahren zumeist Werte über 600.000 erreicht. Nach der deutsch-deutschen Vereinigung stiegen die Zahlen über die Marke von einer Million. Nach den Spitzenwerten von fast 1,9 Millionen ging die Langzeitarbeitslosigkeit infolge der Hartz-Reformen, statistischer Bereinigungen und des wirtschaftlichen Aufschwungs auf heute etwa eine Million zurück.[23]

Veränderungen der Beschäftigung: Im Prozess der Transformation der Industriegesellschaft verändert sich die Zusammensetzung der Beschäftigten nachhaltig und Prozesse der Deregulierung führen zu einer Differenzierung der Beschäftigungsformen. Der Frauenanteil an den Arbeitnehmern lag 1960 personell betrachtet bei 33,7 %, bezogen auf das Arbeitsvolumen waren es 32,8 %. Zwischen 1970 und 1980 kam es personell zu einem ersten deutlichen Anstieg (drei Prozentpunkte) der Erwerbsbeteiligung der Frauen; in den 1980er und 1990er Jahren verflachte der Anstieg (1,4 beziehungsweise 1,8 Prozentpunkte). Nach der Jahrtausendwende ist erneut ein stärkerer Anstieg (3,1 Prozentpunkte) zu verzeichnen, sodass 2010 mit 49,8 % fast die Parität bei den beschäftigten Arbeitnehmern erreicht wurde. Der Anstieg des Anteils am Arbeitsvolumen bleibt demgegenüber etwas zurück; er lag 2010 bei 42,9 %; das heißt, bedingt durch durchschnittlich geringere Arbeitszeiten kommt es zu einer wachsenden Diskrepanz (die sogenannte Arbeitslücke) der Anteile. Das spiegelt sich (Abbildung 6) in einem rückläufigen Anteil von Vollzeitbeschäftigten, einem deutlichen Zuwachs von Teilzeittätigkeiten und einem leichten Zuwachs von Nebentätigkeiten.

Abbildung 6: Entwicklung der Arbeitszeit[24]



23 Eigene Zusammenstellung nach Angaben der statistischen Jahrbücher und Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Sozialpolitik aktuell, Langzeitarbeitslose 1993–2012 (abbIV43).

24 Eigene Berechnungen nach Daten des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (FB A2).

Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung werden zusammen mit befristeter Beschäftigung und Leiharbeit in jüngerer Zeit unter der – nicht sehr glücklichen – Bezeichnung »atypische Beschäftigung« zusammengefasst. Deutliche Zuwächse hat seit der Jahrtausendwende neben der Teilzeitarbeit (von 3,9 im Jahr 2000 auf 5,7 Millionen 2011) und der geringfügigen Arbeit (von 5,5 im Jahr 2003 auf 7,5 Millionen 2012) die befristete Beschäftigung (von 2,1 im Jahr 2000 auf 2,7 Millionen 2012) erfahren. Die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter machen mit circa 0,9 Millionen den geringsten Beschäftigtenanteil aus, ihr Anteil hat sich aber seit 2000 fast verdreifacht[25] – die hier genannten Werte dürfen nicht summiert werden, da Doppelzählungen vorliegen. In einer Erläuterung vermerken die Vertreter des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ), dass die vorliegenden Daten keinen hinreichenden Befund liefern, um die landläufige These einer Verdrängung von Normalarbeit durch atypische Arbeit zu bestätigen.

Seitens der Arbeitgeber boten die im Prozess der Deregulierung entstandenen atypischen Beschäftigungsformen zum einen die Möglichkeit des flexiblen Einsatzes von Arbeitskraft und damit der Umschichtung von unternehmerischen Risiken auf die Beschäftigten. Zum anderen konnten diese Beschäftigungsverhältnisse genutzt werden, um die durchschnittliche Entlohnung der Beschäftigten zu drücken. Neben diesem direkten Einfluss auf die Entlohnung lassen sich auch indirekte Effekte vermuten; so wird den Normalbeschäftigten zum Beispiel durch die Anwesenheit einer größeren Zahl von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern auch ihre Ersetzbarkeit vor Augen geführt. Für die Beschäftigten ermöglichten es die in der Zeitperspektive atypischen Beschäftigungsformen zum einen, die sogenannten Probleme der Vereinbarung von Arbeit und Familie (unter der Prämisse einer nur wenig veränderten häuslichen Arbeitsteilung) zumindest ansatzweise zu lösen. Zum anderen bot der Haushaltszusammenhang häufig eine Möglichkeit, die mit atypischen Beschäftigungsformen verbundenen Risiken zu kompensieren.

Die folgenden Darstellungen (Abbildung 7) zeigen, dass Minijobs und Leiharbeitsverhältnisse vor allem im unteren Einkommenssegment zu finden sind.[26]

Ein etwa gleich großer Anteil findet sich aber auch in den drei höheren Segmenten. Beide Grafiken zeigen, dass der oberste Einkommensbereich (Q4) nur in geringem Maße von atypischen Beschäftigungsverhältnissen betroffen ist; die Deregulierungen am Arbeitsmarkt wirken also selektiv, wenngleich sie durchaus die Mitte erfassen.[27] Die Minijobs scheinen in den unteren Segmenten die Funktion zu haben, Einkommenseinbußen abzufedern; in den höheren Segmenten dienen sie eher der Verbesserung der Einkommenslage.

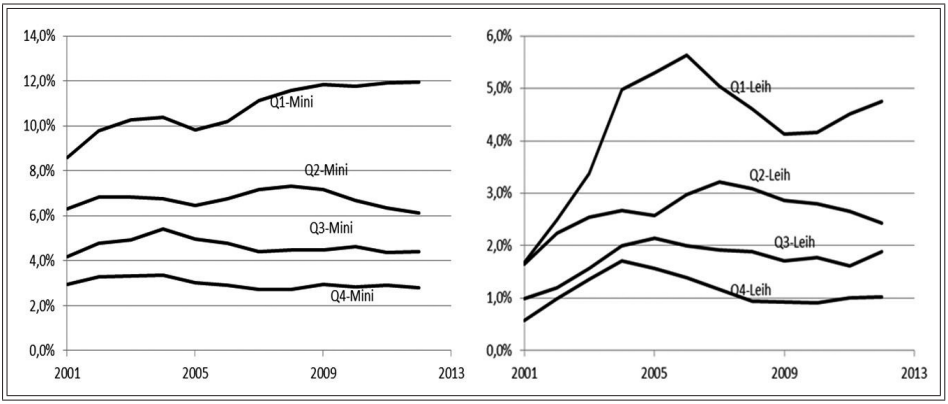
---

25 IAQ, Sozialpolitik aktuell, Abhängig Beschäftigte in atypischen Erwerbsformen 2000–2012 (abbIV29), URL: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV29.pdf> [11.1.2014].

26 Diese und einige folgende Darstellungen differenzieren nach Quartilen (Q1–Q4) der Nettoäquivalenzeinkommen von Haushalten; dabei werden die Individuen im Haushaltszusammenhang betrachtet. Verglichen mit den in vielen Darstellungen verwandten Individualbetrachtungen werden die verschiedenen Beschäftigungstypen hier im Kontext der Erwerbsstrategien der Haushalte betrachtet. Zur Ermittlung der Nettoäquivalenzeinkommen wird den Individuen ein gewichteter Anteil am Haushaltseinkommen zugerechnet. In die Gewichtung gehen die Skaleneffekte größerer Haushalte und die unterschiedlichen Bedarfe von Erwachsenen und Jugendlichen beziehungsweise Kindern ein. Die Befunde des WSI-Verteilungsberichts (S. 42 beziehungsweise 44) konnten nicht repliziert werden. Vgl. *Brigitte Unger*/*Reinhard Bispinck*/*Toralf Pusch* u.a., WSI-Verteilungsbericht 2013, November 2013, URL: <www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_10_2013> [25.7.2014].

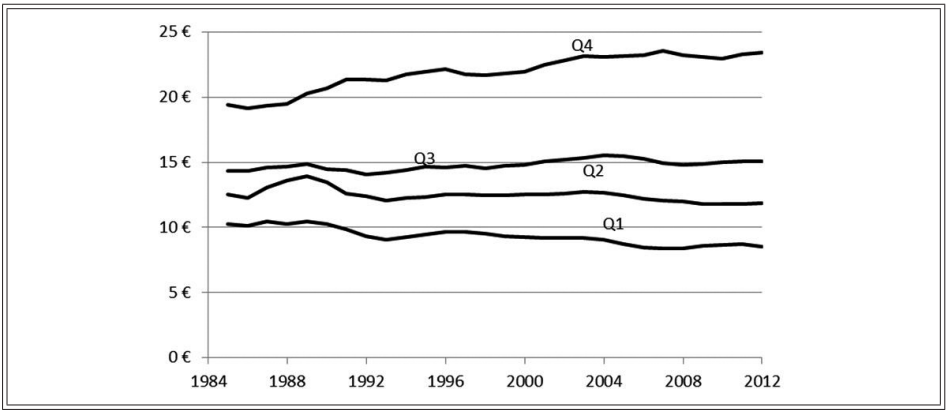
27 Auch eine mit dem SOEP 2011 vorgenommene Auswertung über die sozialräumliche Verortung atypischer Beschäftigungsformen zeigt, dass diese von der Teilzeitbeschäftigung und ABM-Stellen abgesehen hinsichtlich der Bezahlung und der Qualifikation bei etwa 90 % des Durchschnitts liegen.

Abbildung 7: Anteil der Minijobberinnen und Minijobber und der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter an den Beschäftigten[28]



Wie die Zahlen zur Entwicklung der befristeten Beschäftigung und der Leiharbeit zeigen, ist es partiell zu einem Rückgang der Beschäftigungssicherheit gekommen; auch der vor allem durch die Privatisierung bedingte Bedeutungsverlust des Öffentlichen Dienstes führt zu höheren beruflichen Unsicherheiten; ähnlich wirken sich unternehmerische Strategien zur Verschiebung von Risiken auf den Arbeitnehmer (Werkverträge, Jahresarbeitszeitmodelle, erfolgsbezogene Bezahlung, Scheinselbstständigkeit) aus. Trotz dieser Entwicklungen hat sich die durchschnittliche Dauer der (bisherigen) Betriebszugehörigkeit zwischen 1992 und 2008 von 10,3 auf 10,8 Jahre erhöht[29]; auch für den davorliegenden Zeitraum bleiben die Zugehörigkeitsdauern stabil.[30]

Abbildung 8: Entwicklung der Stundenlöhne[31]



28 Eigene Berechnungen mit SOEP (V29).

29 Vgl. *Thomas Rhein*, Beschäftigungsdynamik im internationalen Vergleich. Ist Europa auf dem Weg zum »Turbo-Arbeitsmarkt«?, in: IAB-Kurzbericht 19, 2010, S. 3.

30 Vgl. *Marcel Erlinghagen/Matthias Knuth*, Keine Spur vom »Turbo-Arbeitsmarkt«, in: Institut Arbeit und Technik, Jahrbuch 2000/2001, Gelsenkirchen 2001, S. 233–248.

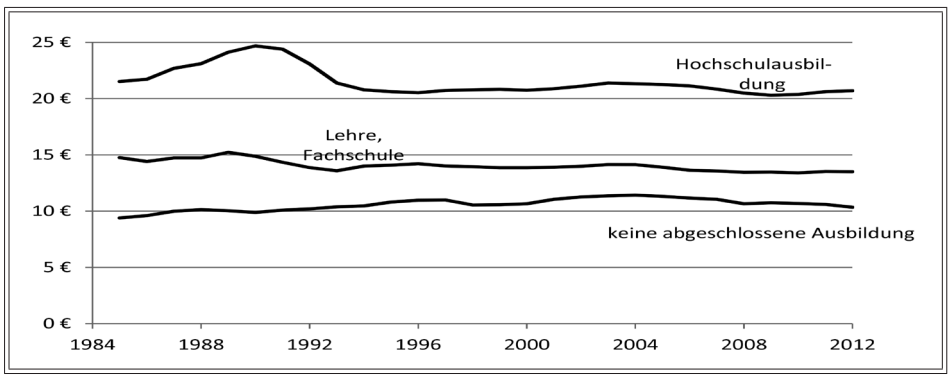
31 Eigene Berechnungen mit SOEP (V29), rechnerische Stundenlöhne (inklusive aller Sonderzahlungen) nach Quartilen, nur Personen mit Arbeitseinkommen, in Preisen von 2005, gleitendes Mittel.

Veränderung der Entlohnung: Die durchschnittlichen Stundenlöhne der abhängig Beschäftigten haben sich seit Mitte der 1980er Jahre nicht erhöht; das betrifft sowohl die Brutto- wie die Nettolöhne. Diese Entwicklung ist umso bedenklicher, da der Zuwachs der erforderlichen Qualifikationen und der Produktivität wie auch die Tertiarisierung eigentlich eine deutliche Erhöhung der durchschnittlichen Entlohnung bedingen sollten. Um die Spezifika dieser Entwicklung zu beleuchten, sollen im Weiteren verschiedene Teilgruppen von Beschäftigten unterschieden werden.

Abbildung 8 zeigt, dass sich die Stagnation der Löhne vor allem in den beiden mittleren Quartilen (der Haushalts-Nettoäquivalenzeinkommen) wiederfindet; im unteren Quartil kommt es sogar zu einem Rückgang der Stundenlöhne. Im obersten Quartil sind deutliche Zuwächse zu erkennen, die bei einer Betrachtung des obersten Dezils sogar noch deutlicher ausfallen.[32]

In Abbildung 9 (oben) wird ersichtlich, wie sich die am Arbeitsplatz erforderlichen Qualifikationen auf die Höhe des Bruttostundenlohns auswirken. Wie erwartet zeigt sich abhängig von der erforderlichen Qualifikation eine erhebliche Lohndifferenzierung. So liegt der Median-Stundenlohn der Hochschulabsolventen annähernd doppelt so hoch wie der Stundenlohn derer, die nur eine kürzere oder längere Einarbeitung erfahren haben. In der zeitlichen Entwicklung findet sich bei dem mittleren – bezogen auf das Arbeitsvolumen macht diese Gruppe mehr als die Hälfte der abhängig Beschäftigten aus – und höheren[33] Anforderungsniveau ein geringer Rückgang; im niedrigen Anforderungsbereich werden zunächst Zuwächse erreicht, die sich dann aber nicht stabilisieren.

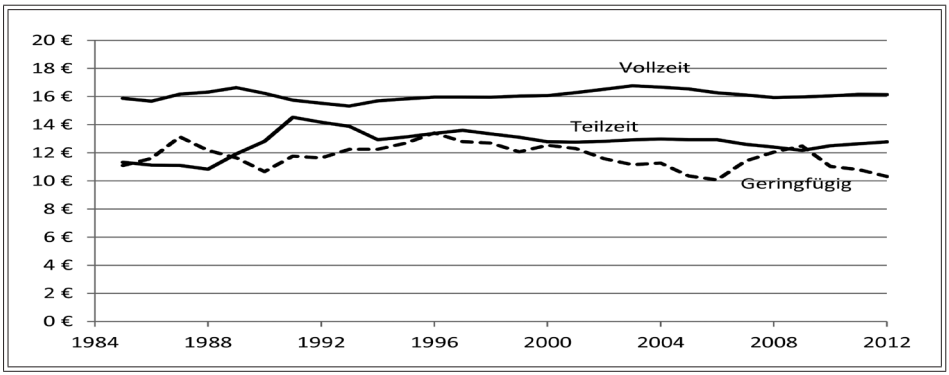
Abbildung 9: Entwicklung der nach Anforderungsniveau und Beschäftigungstyp differenzierten Stundenlöhne[34]



32 Vgl. WSI-Verteilungsbericht 2013, S. 37.

33 Wirsching thematisiert diesen Befund: »Die weitverbreitete Auffassung, die Produktivität Arbeit werde von der neuen Produktivität Wissen abgelöst, traf den Kern nicht. Gebraucht wurde vielmehr höher qualifizierte Arbeit, die zwar in spezifischer Weise wissensbasiert war […], aber immer noch Lohnarbeit blieb. Und wenn diese Arbeitskraft zugleich flexibel, hochmobil, leicht zu rekrutieren und ebenso leicht wieder zu entlassen war, so glich sie tatsächlich einer Art postindustrieller Reservearmee« (*Wirsching*, Der Preis der Freiheit, S. 256).

34 Die aus den Daten des SOEP ermittelten Stundenlöhne liegen systematisch unter den Angaben der amtlichen Statistik. Eigene Berechnungen mit SOEP (V29), rechnerische Stundenlöhne (inklusive aller Sonderzahlungen) nach erforderlicher Qualifizierung, nur Personen mit Arbeitseinkommen, in Preisen von 2005, gleitendes Mittel. Vgl. auch *Karl Brenke/Markus M. Grabka*, Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt, DIW Wochenbericht, 2011, Nr. 45, S. 3–15, hier: S. 6 und 10.



Der mittlere Bruttostundenlohn von Männern liegt um etwa ein Fünftel höher als der der Frauen, dieser Lohnabstand ist zwischen 2000 und 2010 konstant geblieben. Während der Abstand der Medianstundenlöhne von Frauen und Männern im mittleren Anforderungsbereich ›nur‹ etwa 15 % beträgt, liegt er sowohl bei den hohen wie bei den niedrigen Anforderungen deutlich über 20 %.[35] Einen genaueren Einblick liefert die Aufschlüsselung der Stundenlöhne nach verschiedenen Beschäftigungsformen. Abbildung 9 (unten) offenbart erhebliche Lohnunterschiede zwischen Vollzeit- und Teilzeit- beziehungsweise geringfügig Beschäftigten. In der zeitlichen Entwicklung zeigt sich jedoch, dass alle Beschäftigtengruppen mit einer Stagnation der Entlohnung konfrontiert sind.

Es stellt sich die Frage, wie weit die dargestellte Entwicklung der Stundenlöhne mit den Strukturveränderungen der Beschäftigten (höherer Frauenanteil, geringere Arbeitszeiten, gestiegene Qualifikationsanforderungen) zusammenhängen. Karl Brenke und Markus Grabka klären dies durch eine Simulation, bei der die Struktur der abhängig Beschäftigten rechnerisch konstant gehalten wird. Das Ergebnis weicht kaum von der tatsächlichen Entwicklung ab, da sich ›positive‹ (höhere Anforderungen) und ›negative‹ (wachsender Frauenanteil, sinkende Arbeitszeit) Effekte ausgleichen.[36]

In der Haushaltsperspektive, wo es zu einer Kumulierung der Arbeitseinkommen von mehreren Einkommensbezieherinnen und -beziehern und gegebenenfalls aus mehreren Erwerbstätigkeiten kommt, entwickeln sich die Arbeitseinkommen ganz ähnlich wie die Stundenlöhne (Abbildung 8). Durch den Haushaltseffekt schwächen sich aber die Einbußen beim unteren Quartil (–6 statt –19 %) ab; im obersten Quartil nehmen jedoch auch die Zuwächse zu (+33 statt +19 %).[37] Das heißt, es kommt in dem untersuchten Zeitraum zu einer Aufspreizung der Arbeitseinkommen der Haushalte.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass der Tertiarisierungsprozess, der Zusammenbruch der DDR, die globalen wie die betrieblichen Reorganisationsprozesse und schließlich die Deregulierungen des Arbeitsmarkts das Feld der Arbeit nachhaltig verändern. Auch der deutliche Anstieg des erforderlichen Qualifikationsniveaus führt dazu, dass eine nicht kleine Gruppe von weniger qualifizierten Beschäftigten oder von Wendeverlierern an den Rand gedrängt wird (Frühverrentung, Langzeitarbeitslosigkeit, versagter Berufseinstieg). Die Beschäftigtenstruktur wird deutlich weiblicher; die Beschäftigungsformen werden vielfältiger, ohne dass sich jedoch die durchschnittliche Beschäftigungsdauer verkürzt. Dennoch ist zu fragen, wie sich die guten und die schlechten Jobs verteilen und wie

35 *Brenke/Grabka*, Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt, S. 7. Die Angaben beziehen sich auf den Median der Bruttostundenlöhne.

36 Auch eine Simulation, die die sektorale Struktur konstant hält, kommt nur zu sehr geringen Abweichungen.

37 Eigene Berechnungen mit dem SOEP (V29), nur Haushalte mit Arbeitseinkommen.

sich die steigende Erwerbsquote von zunehmend gut qualifizierten Frauen auf die Verteilung der Beschäftigungschancen auswirkt. Bei der Entlohnung ist eine durchschnittliche Stagnation zu beobachten. Der Fahrstuhleffekt, der die Entwicklung bis zu den 1970er Jahren geprägt hatte, setzt sich nicht fort; der Fahrstuhl fährt aber (für die meisten) auch nicht wieder nach unten. Bei Berücksichtigung der gestiegenen Qualifikation und Produktivität bedeutet das jedoch einen deutlichen Lohneinbruch. Vermittelt über die (kompensierenden) Erwerbsstrategien der Haushalte kommt es zu einer Aufspreizung der Arbeitseinkommen. Langfristig zeichnet sich eine Tendenz vom Familienlohn des klassischen Wohlfahrtsstaats zum Individuallohn ab.

Entwicklung des Sozialstaats

Der (Sozial-)Staat, dessen Expansion wesentlich auf die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Frage der sozialen Ungleichheit zurückgeht, greift regulierend in den Prozess der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion ein. Der Staat beziehungsweise subsidiäre Akteure sichern ökonomische und kulturelle Kapitalien (zum Beispiel Eigentumstitel, Rentenansprüche, Bildungstitel), sie klassifizieren (Staatsbürger, EU-Bürger und Ausländer mit fein abgestuften Rechten, aber auch Arbeitslose, Schwerbehinderte, Rentner oder Nichtzurechnungsfähige) und setzen diese Klassifizierungen machtvoll durch, sie sichern wesentliche Produktionsvoraussetzungen (zum Beispiel Eigentumsverhältnisse) und Infrastrukturen, sie fördern den Erwerb von Kapitalien (zum Beispiel Vermögensbildung, Bildungspolitik) oder sie verteilen Kapitalien und Lebensrisiken um (innerhalb beziehungsweise zwischen Generationen). Sie sichern Teilhabechancen (Sanktionierung von Diskriminierungen) und die körperliche und geistige Unversehrtheit (zum Beispiel Sanktionierung von Kriminalität und häuslicher Gewalt oder sexuellem Missbrauch). Das heißt, der Sozialstaat ist zugleich an der Dekrementierung sozialer Ungleichheit und an ihrem Erhalt oder gar ihrer Inkrementierung beteiligt. Hans Günter Hockerts macht deutlich, dass das Grundversprechen der modernen Sozialstaatlichkeit nicht Gleichheit, sondern Sicherheit war; dementsprechend diagnostiziert er einen »weite[n], spannungsreiche[n] Optionsraum […]. Denn der Sozialstaat kann soziale Ungleichheit nicht nur reduzieren und limitieren, sondern auch konservieren, ja sogar selber produzieren und legitimieren«.[38] Lutz Leisering und Christian Marschallek spezifizieren diese Argumentation, indem sie sagen: »Wohlfahrtsstaatlichkeit zielt zwar nicht auf Gleichheit, aber auf die Begrenzung von Ungleichheit.«[39]

Im Prozess der Transformation der Industriegesellschaft stellen sich dem Sozialstaat viele neue Aufgaben (zum Beispiel Entwicklung der neuen Bundesländer, Regulierung von Migration und ›Integration‹, Qualifizierung in der Wissensgesellschaft, Bewältigung des ›demografischen Wandels‹); das Volumen bestehender Leistungssysteme nimmt zu (bei den Renten und Pensionen, zeitweilig auch bei der Arbeitslosenunterstützung); zudem müssen Sicherungssysteme neuen Problemlagen angepasst werden (Pflege, Flexicurity, Alleinerziehende). Schließlich gilt es auch, die Modi der sozialstaatlichen Regulierung – vor allem die Frage, wie diese Leistungen von wem finanziert und erbracht werden – immer wieder neu zu prüfen. All diese Prozesse stehen mit Fragen von alten und neuen sozialen Ungleichheiten in Beziehung. Die folgende Darstellung konzentriert sich auf die

38 *Hans Günter Hockerts*, Einführung, in: *ders./Winfried Süß* (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich, München 2010, S. 9–18, hier: S. 11.

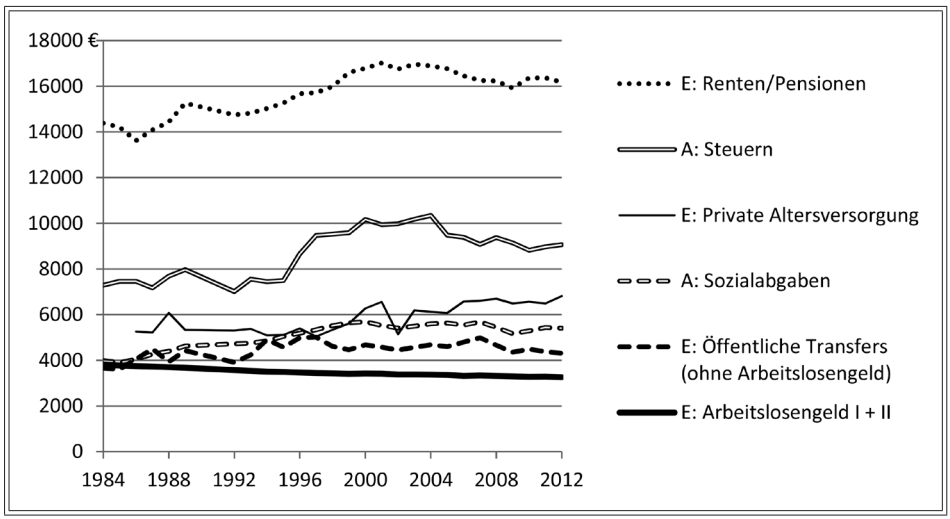
39 *Lutz Leisering/Christian Marschallek*, Zwischen Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsmarkt. Alterssicherung und soziale Ungleichheit, in: *Hans Günter Hockerts/Winfried Süß* (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich, München 2010, S. 89–115, hier: S. 91.

unmittelbaren Zusammenhänge von sozialstaatlichem Handeln und sozialer Ungleichheit und verfolgt diese aus einer summarischen Perspektive. So geht es zum einen um die Entwicklung und die Ungleichheitseffekte der öffentlichen Transferzahlungen und zum anderen um die Frage der Finanzierung des Sozialstaats und die damit verbundenen Verteilungseffekte. Implizit spielt aber auch der Sozialstaat als Arbeitgeber eine nicht unwichtige Rolle für die soziale Ungleichheit.

Entwicklung der öffentlichen Transfers: In der Einkommenszusammensetzung der privaten Haushalte spielen Transfereinkommen eine zunehmende Rolle. Bis in die 1970er Jahre lag der Anteil der Transfereinkommen noch bei 16 beziehungsweise 17 %, um dann bis 1980 auf über 21 % anzuwachsen. 2003 wurde mit 24,1 % ein Maximalwert erreicht, der mit der Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit bis 2012 wieder auf unter 22 % zurückging.[40] Auswertungen mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) zeigen[41], dass Transfereinkommen in allen Segmenten der Einkommensverteilung eine wichtige Rolle spielen. In den 1990er Jahren kam es in allen Quartilen zu einem deutlichen Anstieg der Transfereinkommen, der dann mit der Jahrtausendwende in eine Stagnation überging.

Die folgende Darstellung differenziert nach einzelnen Transfereinkommen. Bei den Renten (+12 %) und bei den Leistungen aus der privaten Altersversorgung (+30 %) kommt es auch nach der Preisbereinigung zu deutlichen Zuwächsen.

Abbildung 10: Entwicklung einzelner Transfereinkommen (E) und -abgaben (A)[42]



Auch die Leistungen aus öffentlichen Transfers (Kindergeld, Wohngeld, Grundsicherung, jedoch keine Arbeitslosenleistungen) wuchsen an. Demgegenüber kam es bei den Leistungen aus Arbeitslosengeld und -hilfe beziehungsweise aus Arbeitslosengeld I und II zu einem deutlichen Rückgang (–15 %). Dieser verlief wohlgemerkt sehr kontinuierlich. Ein Effekt der Hartz-Reformen (Hartz IV) lässt sich aus dieser Perspektive nicht erkennen.

40 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1989, S. 560, und Statistisches Bundesamt (2012), Arbeitstabellen aus dem Bereich Lebensunterhalt und Konsum.

41 SOEP (V29). Vgl. auch WSI-Verteilungsbericht 2013, S. 39.

42 Eigene Berechnung auf Basis des SOEP (V29), in Preisen von 2005. Die Angaben für 1990 und 1991 wurden wegen unplausibler Werte substituiert.

Reformen der Arbeitsmarktpolitik: Die Hartz-Reformen sind im medienöffentlichen und im politischen Diskurs über soziale Ungleichheit zu einem Sinnbild für den paradigmatischen wie den materiellen Wandel des Sozialstaats geworden. Diese Reformen sind zusammen mit den Deregulierungen des Arbeitsmarkts als ein sozialpolitisches Projekt zu begreifen, das den Abschied vom Arbeitsregime der klassischen Industriegesellschaft markiert. Vor dem Hintergrund einer langen Phase der Massenarbeitslosigkeit besaß es eine gewisse Plausibilität. Exemplarisch für diesen Diskurs sei hier auf einen Beitrag von Rolf Heinze und Wolfgang Streeck verwiesen: »Das eigentliche Beschäftigungsdefizit der deutschen Volkswirtschaft liegt nicht im industriellen Sektor und nicht in erster Linie bei den hochqualifizierten Dienstleistungen, sondern im Bereich *niedrigproduktiver Dienstleistungsarbeit*.« Mit Blick auf die Erfahrungen anderer Länder wird konstatiert, dass Dienstleistungen ein anderes Arbeitsregime als das industrielle erfordern: »andere Arbeitszeiten, andere Entlohnungsformen, andere Qualifizierungseinrichtungen, andere Formen der sozialen Sicherung«.[43] Eine wichtige Bedeutung für diese Argumentation hatte auch die von Amartya Sen und anderen vorgebrachte Kritik an der sozialstaatlichen Duldung hoher Arbeitslosenquoten in Deutschland beziehungsweise in Europa.[44] Diese Stellungnahmen machen deutlich, dass aus der Perspektive des Sozialstaats die Deregulierung des Arbeitsmarkts und die Reorganisation des Arbeitslosen- und Sozialhilfebezugs neben dem Kostenaspekt auch als ein Beitrag zur Reduzierung von Ungleichheit geplant waren.

Die Einschätzungen der Wirkungen dieser Reformen fallen sehr kontrovers aus. Markus Promberger verweist darauf, dass sich trotz der Aktivierungsrhetorik der Protagonisten und der Rede vom Paradigmenwechsel (vom sorgenden zum fordernden Sozialstaat) der Kritiker kein Bruch, kein radikaler Wandel erkennen lässt:

> »Langsamer Wandel auf bereits lange bestehenden Pfaden prägt das Bild. […] In längerfristiger historischer Perspektive war der versorgende Wohlfahrtsstaat meist auch aktivierend, und auch der aktivierende Wohlfahrtsstaat muss immer auch dem Grundrecht seiner Bürger auf eine Unterstützung bei Hilfebedürftigkeit nachkommen.«[45]

Dennoch leugnet er nicht den allmählichen paradigmatischen Wandel. So dominiere im SGB II die Vorstellung »von einem vollständig dem Erwerbsparadigma subsumierten Ar-

---

43 Die Wirtschaftspolitik und die politische Regulierung müssen sich stärker an den Problemen kleinerer Unternehmen orientieren. Insgesamt wird ein »Überdenken von Gerechtigkeitsvorstellungen [gefordert], die aus der Vollbeschäftigungswirtschaft der Nachkriegszeit stammen. Die wichtigste soziale Differenz […] ist nicht die zwischen verschiedenen Arbeitslöhnen, sondern die zwischen Arbeitenden auf der einen Seite und Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und ›stillen Reservisten‹ auf der anderen Seite«. Zur Beschäftigungspolitik heißt es, dass Staat und Selbstverwaltung durch die Dynamik des Markts ergänzt werden müssten. »Auch die Denkweisen müssen sich ändern. […] Aus Arbeit herausgenommen zu werden ist weder eine Wohltat noch gar ein Recht; (fast) jeder Arbeitsplatz ist besser als keiner […]. Auch neigen Menschen dazu, sich in Abhängigkeit und Randständigkeit einzurichten, wenn ihnen die Erfahrung vorenthalten wird, daß sie für sich selbst sorgen können« (*Rolf G. Heinze*/*Wolfgang Streeck*, Institutionelle Modernisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes. Für eine neue Beschäftigungspolitik, in: *Jürgen Kocka*/*Claus Offe* [Hrsg.], Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 234–261, hier: S. 255ff.).

44 So heißt es bei Sen: »Tatsächlich läßt sich behaupten, das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit in Europa werfe für sich genommen zumindest ein ebenso wichtiges Problem der Ungleichheit auf wie die Einkommensverteilung selbst« (*Amartya Kumar Sen*, Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien 2000, hier: S. 119).

45 Vgl. *Markus Promberger*, Fünf Jahre SGB II – Versuch einer Bilanz, in: WSI-Mitteilungen 62, 2009, S. 604–611, hier: S. 609.

beitsbürger, von dem nunmehr der Verhaltenskanon des ›normalen‹, eigenverantwortlich und rational handelnden, nachindustriellen bürgerlichen Arbeitnehmers erwartet wird«.[46] Die darin deutlich werdende Abkehr vom Bild des Fürsorgeempfängers, wie es sich in der Sozialgesetzgebung der 1950er und 1960er Jahre fand, korrespondiere jedoch durchaus mit dem Selbstbild der Mehrheit der Unterstützungsempfänger – Promberger verweist dann jedoch auch auf Gruppen, wo das neue Bild des zu aktivierenden Arbeitsbürgers an Grenzen stößt: (alleinerziehende) Eltern mit kleinen Kindern, Menschen mit psychischen oder physischen Krankheiten, gering Qualifizierte.

Gerhard Bäcker, Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf kommen bei der Bewertung der Hartz-Gesetze beziehungsweise der dadurch angestoßenen Deregulierungen zu einer ganz anderen Einschätzung. Dem ersten Eindruck (deutlicher Rückgang auch der Langzeitarbeitslosigkeit) halten sie entgegen, dass ein kausaler Zusammenhang mit den Neuregelungen nicht herzustellen sei.[47] Auch die These, dass der Verbleib in Arbeitslosigkeit der mangelnden Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme geschuldet sei, weisen sie zurück. Es sei vielmehr zu einem erheblichen Druck gekommen, auch schlechte Jobs anzunehmen; dies führe aber zu keiner nachhaltigen Eingliederung. Die hier zu beobachtende höhere Konzessionsbereitschaft strahle auch auf andere Beschäftigte aus.[48]

Finanzierung des Sozialstaats: Für die Frage der sozialen Ungleichheit ist es bedeutsam, wie die Redistributionsleistungen des Sozialstaats erbracht werden. Die Finanzierung folgt grundsätzlich einem Prinzip der Leistungsfähigkeit, das heißt, die erforderlichen Beiträge und Steuern werden leistungsabhängig (Einkommenshöhe) erhoben. Cornelius Torp merkt dazu an, dies spiegele einen »solidarischen Grundkonsens wider, der zwar nicht in erster Linie auf Umverteilung angelegt ist, ein gewisses Maß an redistributiven Wirkungen zur Erreichung des Sicherungsziels billigend in Kauf nimmt«.[49]

Wie der obigen Abbildung 10 zu entnehmen ist, kommt es seit Mitte der 1980er Jahre zu einem deutlichen Anstieg (circa 25 %) der von den Haushalten entrichteten Steuern und Sozialabgaben.[50]

Die Verteilung dieser Lasten auf die verschiedenen Einkommenssegmente (Abbildung 11) zeigt, dass die größten (anteiligen) Lasten vom obersten Quartil getragen werden. Die relative Belastung der drei oberen Quartile geht leicht, die des unteren Quartils deutlicher zurück.

Sozialstaat als Arbeitgeber: Der Sozialstaat hatte neben seinen regulierenden und redistributiven Funktionen auch als Arbeitgeber eine wichtige Rolle für soziale Aufstiege.

---

46 Ebd., S. 610.

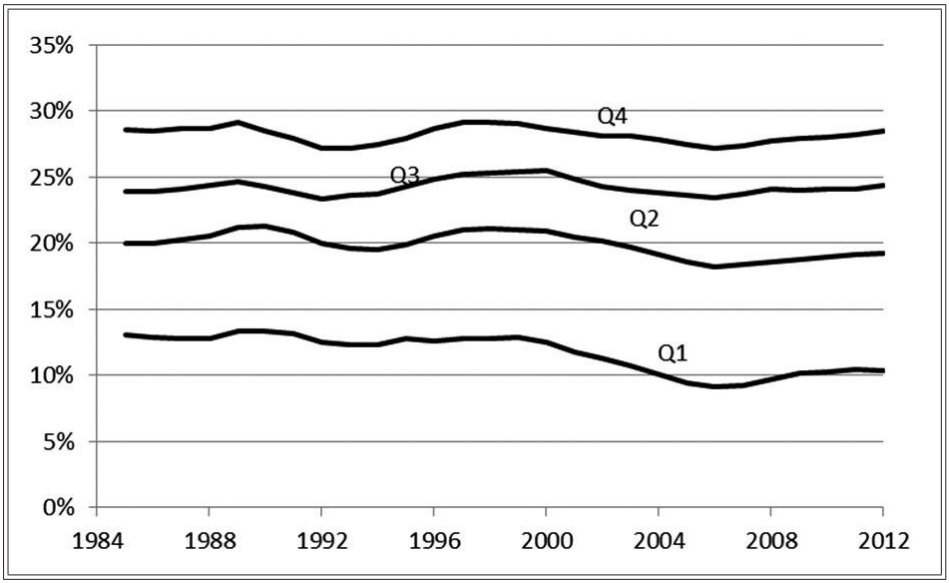
47 »Der Aufschwung war im Wesentlichen von der Zunahme des Exports aus dem verarbeitenden Gewerbe getragen, der sich vor allem auf die Entwicklung innovativer Produkte, die hohe Lieferzuverlässigkeit und Fertigqualität, im Kern also auf Erfolge in der Innovations- und Qualifizierungspolitik und nicht auf niedrige Löhne, zurückführen lassen« (*Gerhard Bäcker*/*Gerhard Bosch*/*Claudia Weinkopf*, Vorschläge zur künftigen Arbeitsmarktpolitik: integrativ – investiv – innovativ. Gutachten für das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Duisburg 2011, S. 48).

48 »Die tatsächliche oder empfundene Gefahr, bei Verlust des Arbeitsplatzes sehr schnell auf das Niveau der existenzminimalen Grundsicherung und auf Bedürftigkeitsprüfungen verwiesen zu werden, hat zu einer hohen Unsicherheit der Arbeitnehmer/innen insgesamt geführt« (ebd., S. 48).

49 *Cornelius Torp*, Gerechtigkeitsprinzipien in der Konstruktion sozialer Sicherung, in: *Hans Günter Hockerts*/*Winfried Süß* (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich, München 2010, S. 117–137, hier: S. 134.

50 Die hier dargestellten Abgaben werden im sozioökonomischen Panel rechnerisch ermittelt. Möglichkeiten der Steuerersparnis oder der Steuerhinterziehung gerade bei höheren Einkommen führen dazu, dass hiermit das Umverteilungspotenzial eher überschätzt wird. Vgl. auch WSI-Verteilungsbericht 2013, S. 38, Anm. 15.

Abbildung 11: Durchschnittliche Steuer- und Abgabenbelastung der Quartile[51]



Dementsprechend haben die in den 1980er Jahren einsetzenden Prozesse der Privatisierung öffentlicher Dienste (formelle, materielle und funktionale Privatisierungen[52]) auch Einfluss auf Fragen der sozialen Ungleichheit. Vor allem die funktionalen Privatisierungen führen zur Entstehung eines Wohlfahrtsmarkts, ohne dass es dabei jedoch zu einem »marktradikalen Umbau« gekommen ist.[53] Alle Privatisierungsformen haben unmittelbar oder mittelbar Auswirkungen auf die davon betroffenen Arbeitsplätze.

In Verbindung mit der Privatisierung öffentlicher Dienste hat sich die Zusammensetzung der verbliebenen Beschäftigten erheblich verändert. Schon in der Differenzierung nach dem Sozialversicherungsstatus wird deutlich, dass sich die Zahl der Arbeiter von 37 % im Jahr 1950 auf 12 % im Jahr 2005 verringert hat; bei den übrigen Gruppen überwiegt der Anteil der Beamten den der Angestellten; der Unterschied wird jedoch geringer, sodass im Jahr 2005 ein Beamtenanteil von 46 % und ein Angestelltenanteil von 42 % zu verzeichnen ist. Mindestens genauso gravierend ist die Entwicklung der Laufbahntypen, die Zahl der Angestellten und Beamten im einfachen und mittleren Dienst geht kontinuierlich zurück (von 82 beziehungsweise 57 % auf 50 beziehungsweise 33 % im Jahr 2005).[54] Das heißt, der öffentliche Dienst als sicherer Hafen wird zunehmend zu einem Hafen derer, die dieses Hafens am wenigsten bedürften.

Torp kommt in seiner Analyse der Gerechtigkeitsprinzipien, die dem deutschen (und dem britischen) Sozialstaat zugrunde liegen, zu dem Ergebnis, dass sich kein einheitliches Prinzip erkennen lasse. Am ehesten finde sich ein solches Prinzip bei der Finanzierung;

51 Eigene Berechnungen mit dem SOEP (V29), gleitendes Mittel.

52 *Reimut Zohlnhöfer*/*Herbert Obinger*, Ausverkauf des »Tafelsilbers«. Privatisierungspolitik in EU- und OECD-Staaten, in: Politische Vierteljahresschrift 46, 2005, S. 602–628, hier: S. 604.

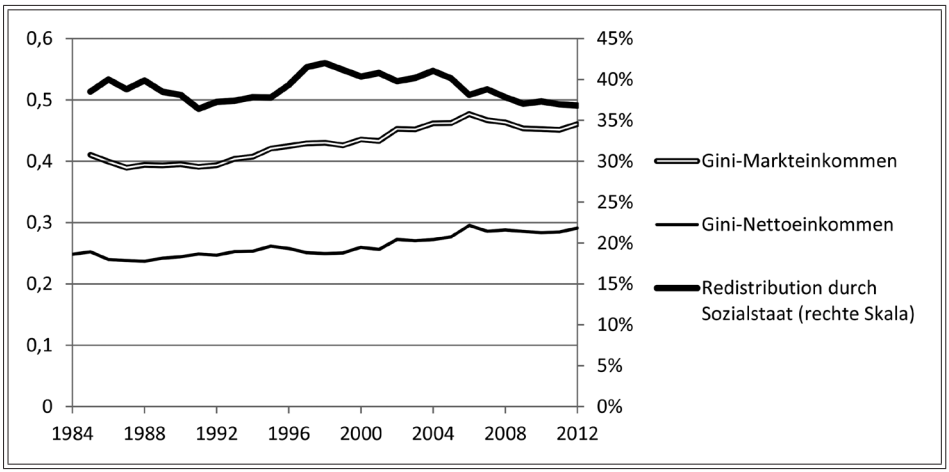
53 Vgl. dazu *Hans Günter Hockerts*, Vom Wohlfahrtsstaat zum Wohlfahrtsmarkt, in: *Norbert Frei*/*Dietmar Süß* (Hrsg.), Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 70–87, hier: S. 84.

54 Die Daten gehen zurück auf: *Charles B. Blankert*, Öffentliche Finanzen in der Demokratie. Eine Einführung in die Finanzwissenschaft, München 2008, S. 476.

hier herrsche mit den einkommensabhängigen Abgaben ein Leistungsfähigkeitsprinzip vor. In Deutschland sei die Leistungsabhängigkeit jedoch durch die Beitragsbemessungsgrenze begrenzt; umgekehrt führe die höhere Sozialleistungsquote zu einem höheren Gesamtumfang der Redistribution. Auf der Ausgabenseite finde sich in den einzelnen Teilsystemen ein »Amalgam verschiedener Gerechtigkeitsprinzipien«:[55] Zugangsgleichheit und Bedarfsprinzip im Gesundheitswesen, Beitrags-Leistungsäquivalenz in der Arbeitslosen- und in der Alterssicherung. In jüngerer Zeit gewinne vor allem im Bereich der Arbeitslosigkeit das Bedürftigkeitsprinzip (vor allem nach den Hartz-Reformen) an Bedeutung. Ähnliches zeichnet sich im Bereich der Alterssicherung ab, wenn die staatliche Sicherung an Bedeutung verliert und die privaten und betrieblichen Sicherungen nur eine Teilgruppe der Erwerbstätigen erfassen.

Abbildung 12 zeigt zum einen den erheblichen Zuwachs der Einkommensungleichheit bei den Markteinkommen, zum anderen den doch deutlich moderateren Zuwachs der Ungleichheit bei den Nettoeinkommen, das heißt nach den sozialstaatlichen Transfers. So betrachtet ist das sozialstaatliche Umverteilungspotenzial auch nach den Reorganisationsprozessen der vergangenen Jahrzehnte noch erheblich. Der Grad der Umverteilung kann als Verhältnis ausgedrückt werden; so gelingt es im gesamten Zeitraum, die Ungleichheit der Markteinkommen um durchschnittlich 39 % zu reduzieren; zwischenzeitlich werden sogar Werte von 42 % erreicht.

Abbildung 12: Gini-Reduktion durch Redistribution[56]



Die Daten zur relativ stabilen Reduktion der Einkommensungleichheit durch die Umverteilung verweisen darauf, dass wichtige sozialstaatliche Instrumente nach wie vor funktionieren, so habe zum Beispiel die »intakte Einkommenssteuer-Progression über weite Teile der Einkommen dazu geführt […], dass die deutlich steigende Ungleichheit bei den Markteinkommen im Zeitverlauf zu einer nicht ganz so starken Steigerung der Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen führte«.[57]

55 *Torp*, Gerechtigkeitsprinzipien in der Konstruktion sozialer Sicherung, S. 134.
56 Eigene Berechnungen mit Daten des SOEP.
57 WSI-Verteilungsbericht 2013, S. 39.

Entwicklung der Haushalte

Haushalte beziehungsweise deren Mitglieder stellen auf der einen Seite die zentrale Analyseeinheit der Ungleichheitsforschung dar; auf der anderen Seite sind sie aber auch als ungleichheitsrelevante Akteure zu begreifen, indem hier Entscheidungen getroffen und reproduziert werden, die für Fragen der sozialen Ungleichheit von hoher Bedeutung sind.[58] Mit Strukturentscheidungen werden die Rahmenbedingungen, unter denen Haushalte agieren, gesetzt; das sind Entscheidungen über die Gründung, die Veränderung (zum Beispiel Geburten, Aufnahme beziehungsweise Auszug von Haushaltsmitgliedern) beziehungsweise die Auflösung eines Haushalts, Entscheidungen über seine räumliche Verortung (verschiedene Formen der Migration) und schließlich Entscheidungen über den Verbindlichkeitsgrad und die Rechtsform des Haushalts. Produktionsentscheidungen betreffen die Versorgung des Haushalts mit Einkommen beziehungsweise mit Gütern und Dienstleistungen für die Reproduktion. Die Reproduktion beinhaltet die (Wieder-)Herstellung der Arbeitsvermögen und die Versorgung der nicht mehr beziehungsweise noch nicht Erwerbsfähigen. Anlageentscheidungen werden im Zusammenhang meist längerfristiger (Anlage-)Strategien getroffen und zielen darauf, das ökonomische, kulturelle oder das Humankapital der Haushaltsmitglieder zu erhalten und zu verbessern. Im Folgenden sollen diejenigen Entscheidungen untersucht werden, die für soziale Ungleichheiten von besonderer Bedeutung sind.

Entwicklung der Haushaltsstruktur und der ›demografische Wandel‹: In dem hier untersuchten Zeitraum setzt sich der säkular zu beobachtende Geburtenrückgang weiter fort.[59] Zudem führen längere Phasen der Ausbildung und Berufseinmündung, die gestiegene (aber nach wie vor geschlechtsspezifisch unterschiedliche) Lebenserwartung und das veränderte Partnerschaftsverhalten zu einer nachhaltigen Veränderung der Haushaltsstruktur. Viele dieser Entwicklungen hängen eng mit sozialpolitischen Veränderungen zusammen – vermutlich hatten auch die jüngsten arbeitspolitischen Maßnahmen Einfluss auf die Veränderungen der Haushaltsgröße beziehungsweise -struktur.[60] Parallel zu dieser Entwicklung steigt der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund weiter an, die strukturellen Veränderungen verlaufen bei dieser Gruppe jedoch in ähnlicher Weise.

Diese Transformationen führen unmittelbar (Migration) oder mittelbar (Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung) zu einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung in den Nationalgesellschaften; das heißt zu einer veränderten Grundgesamtheit, auf die Ungleichheitsaussagen bezogen werden. Diese Veränderungen werden oft nicht sehr trennscharf als »demografischer Wandel« bezeichnet; präziser gefasst sind es im Wesentlichen die Folgeeffekte der hier dargestellten und früheren Veränderungen im strategischen Verhalten von Haushalten. Zudem sind der ›demografische Wandel‹ und seine Folgeeffekte nicht unerheblich von politisch beeinflussbaren Faktoren abhängig; zum Beispiel von der Dauer der Ausbildungs- oder Erwerbsphase, von der Erwerbsbeteiligung, von der Migrationspolitik; eine zentrale Rolle spielt auch die Entwicklung der Produktivität.

58 Vgl. dazu *Christoph Weischer*, Die Bedeutung von Haushalten für soziale Ungleichheiten, in: *Banu Citlak*/*Angelika Engelbert*/*David H. Gehne* u. a. (Hrsg.), Lebenschancen vor Ort. Familie und Familienpolitik im Kontext, Leverkusen 2014, S. 89–100.

59 In der Perspektive der endgültigen Kinderzahlen verläuft dieser Rückgang über das ganze 20. Jahrhundert relativ gleichmäßig. Vgl. dazu *Weischer*, Sozialstrukturanalyse, S. 210ff.

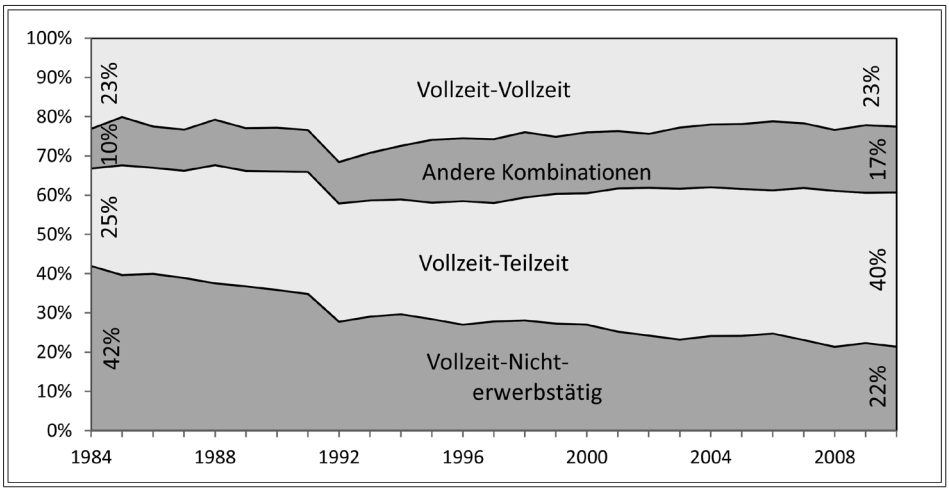
60 Andreas Peichl und seine Mitautoren merken hierzu an, »the so-called ›Hartz‹ reforms generated incentives for young unemployed adults to leave their parents' house earlier in order to receive a certain social benefit« (*Andreas Peichl*/*Nico Pestel*/*Hilmar Schneider*, Does Size Matter? The Impact of Changes in Household Structure on Income Distribution in Germany, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, IZA DP No. 4770, February 2010, S. 24), URL: <ftp.iza.org/dp4770.pdf> [25.7.2104].

Die Folgen dieser kurz- beziehungsweise längerfristigen Strukturveränderungen für soziale Ungleichheiten sind ambivalent. Rückläufige Kinderzahlen führen zu rechnerisch reicheren Haushalten, umgekehrt führt die rückläufige Haushaltsgröße aber auch zu einer Verringerung des Umverteilungspotenzials. Zudem gewinnen mit der längeren Ausbildungs- und Altersphase Transfereinkommen (und deren Unterschiede) an Bedeutung. Die verschiedenen Zuwanderungsgruppen weisen sehr unterschiedliche Qualifikationsniveaus auf, es überwogen in den letzten 30 Jahren jedoch jene mit eher unterdurchschnittlichen Qualifikationen, was sich in zunehmendem Maße auf die Erwerbschancen auswirkt.

Erwerbsverhalten: Die durchschnittliche Erwerbsquote (Männer und Frauen) der 15- bis 64-Jährigen hat sich in Westdeutschland zwischen 1960 und 1980 bei Werten zwischen 66 und 68 % zunächst nur wenig verändert. Zu einem deutlichen Anstieg kam es in den 1980er Jahren (3,7 Prozentpunkte). Nach einer Latenzphase in den 1990er Jahren stieg die Quote dann in der Dekade nach der Jahrtausendwende mit 5,4 Prozentpunkten weiter deutlich an; das setzte sich bis 2012 fort. Die geschlechtsspezifischen Quoten verlaufen dabei gegenläufig. Die Quote der Männer ging von über 90 % (1960) auf fast 80 % (2004) zurück und liegt heute bei 82 %. Die Frauenerwerbsquote lag 1960 bei 47,6 % und ging bis 1970 auf 46,2 % zurück. Danach findet sich von Dekade zu Dekade ein deutlicher Anstieg; besonders stark war das Wachstum zwischen 1980 und 1990 sowie zwischen 2000 und 2010. Heute liegt der Wert in Westdeutschland bei 70,6 %.[61] In Ostdeutschland ist die Frauenerwerbstätigkeit in den 1990er Jahren zunächst um acht Prozentpunkte zurückgegangen; bis 2011 kam es jedoch zu einem erneuten Anstieg, der annähernd die Werte der frühen 1990er Jahre erreichte.

Die wachsende Frauenerwerbsquote und die bereits geschilderte Veränderung des Beschäftigungsumfangs (vgl. Abbildung 6) tragen dazu bei, dass sich die Ernährermodelle in Paarhaushalten nach und nach verändern.

Abbildung 13: Entwicklung der Ernährermodelle[62]



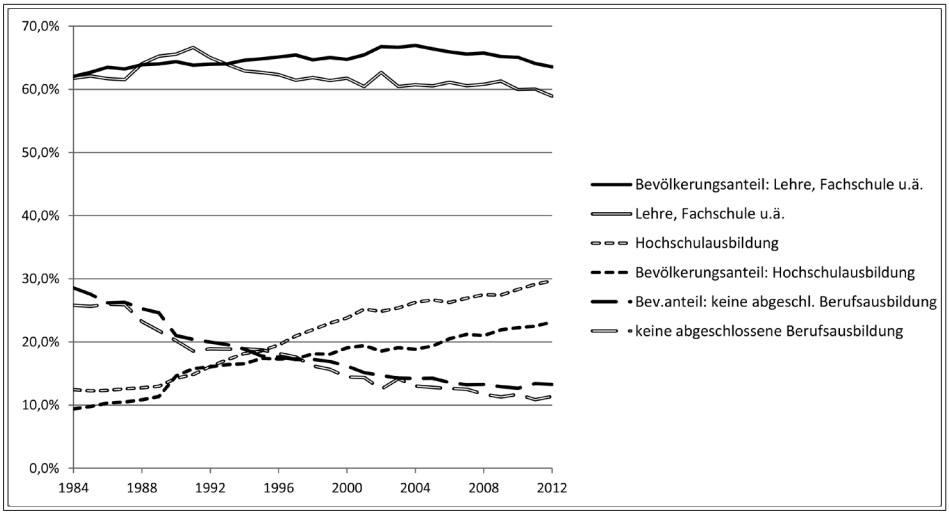
61 IAQ, Sozialpolitik aktuell, Erwerbsquoten und Erwerbstätigenquoten alte und neue Bundesländer, nach Geschlecht 1960–2012 (tabIV31), URL: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/tabIV31.pdf> [11.1.2014].

62 Nur gemischtgeschlechtliche Paare bis 60 Jahre. Vgl. *Weischer*, Paid and Unpaid Work, S. 4.

Die Zahl der nach dem Alleinernährer-Modell agierenden Haushalte geht deutlich von 42 auf 22 % zurück; die Zahl der weiblichen Ernährerinnen steigt dabei leicht an. Die Zahl der Haushalte mit zwei Vollerwerbstätigen bleibt konstant; das heißt, der deutliche Anstieg der Frauenerwerbsquote hängt vor allem mit den Haushalten zusammen, die (meist männliche) Vollzeit- mit (meist weiblicher) Teilzeitarbeit verknüpfen. Darüber hinaus nimmt die Vielfalt der Erwerbskombinationen zu.

Entwicklung der Qualifikation: Die schulische und berufliche Qualifizierung und die damit verbundenen Erwerbschancen haben sich seit den 1960er Jahren deutlich verändert; dieser Trend setzt sich auch in dem hier beobachteten Zeitraum fort. Während die mittlere berufliche Qualifikation in der Bevölkerung beziehungsweise bei den Neueingestellten nach wie vor eine hohe, aber relativ gleichbleibende Rolle spielt, geht der Anteil der formal[63] wenig Qualifizierten deutlich zurück; das betrifft sowohl den Bevölkerungsanteil wie den Anteil an den Neueingestellten.

Abbildung 14: Berufsausbildung der Neueingestellten[64]



Umgekehrt steigt der Anteil derer, die eine Hochschulqualifizierung aufweisen; hier eilt der Anteil an den Neueingestellten, der auf 30 % ansteigt, dem Bevölkerungsanteil voraus.

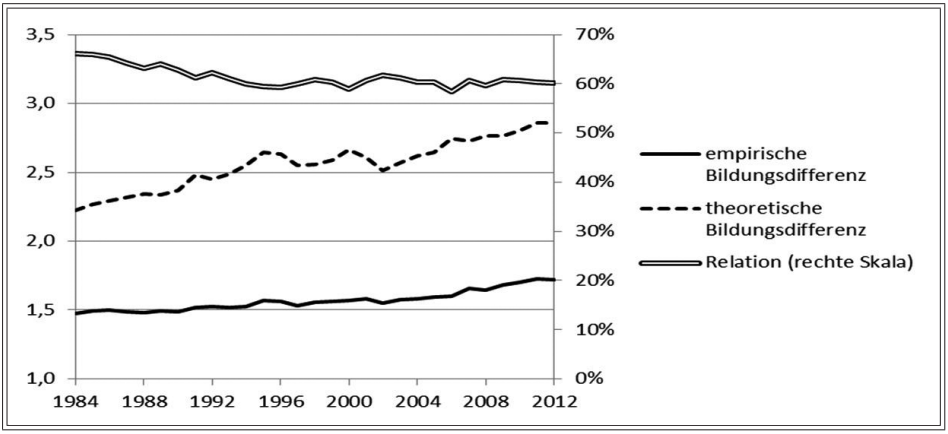
Für die soziale Ungleichheit ist es bedeutsam, wie sich die Verbesserungen der Qualifizierung im Haushaltszusammenhang darstellen. Abbildung 15 zeigt, dass die Bildungshomogamie in Paarhaushalten ansteigt und somit Umverteilungseffekte (von Einkommens- und Beschäftigungsrisiken) tendenziell zurückgehen.

Zwar steigt die empirisch beobachtbare Differenz der Bildungsjahre der Partner im Lauf der Zeit leicht an; vergleicht man diesen Anstieg jedoch mit dem angesichts der Bildungsexpansion theoretisch zu erwartenden Zuwachs zeigt sich, dass dieser deutlich hinter dem bei zufälliger Partnerwahl zu erwartenden Anstieg zurückbleibt; die Relation geht zurück, die Bildungshomogamie steigt somit.

63 Hier spielt auch das Problem nicht zertifizierter Qualifikationen oder der Nichtanerkennung ausländischer Zertifikate eine Rolle.

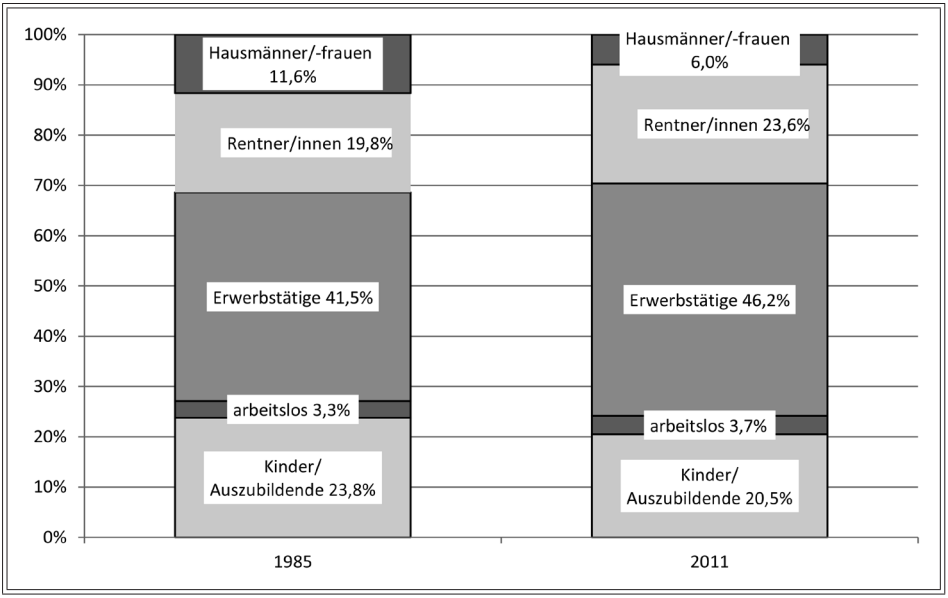
64 Berufsausbildung der Neueingestellten im Vergleich zur Berufsausbildung der Bevölkerung im Alter von 30 und 65 Jahren, gleitendes Mittel, eigene Berechnungen SOEP (V29), gewichtet.

Abbildung 15: Bildungshomogamie[65]



Im Folgenden soll nun das Zusammenwirken dieser Entwicklungen (Veränderungen der Haushaltsstruktur beziehungsweise der Demografie, des Erwerbsverhaltens und der Qualifikation) analysiert werden. Es kommt zu einer deutlichen Veränderung der Haushaltszusammensetzung (Abbildung 16): Der Anteil der Kinder und Jugendlichen geht zurück; Gleiches gilt für die Hausmänner und -frauen. Deutliche Anstiege finden sich demgegenüber bei Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentnern.

Abbildung 16: Haushaltszusammensetzung[66]

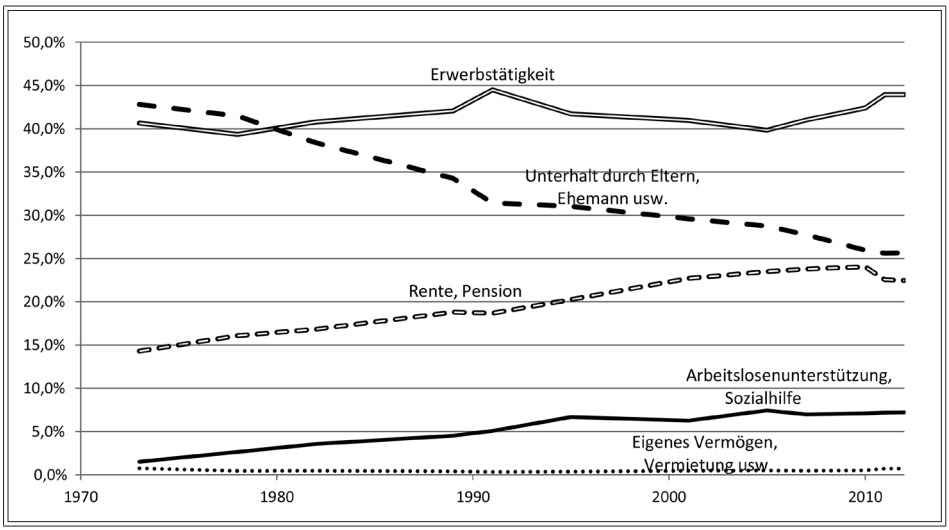


65 Eigene Berechnungen SOEP (V29), gewichtet.
66 Eigene Berechnungen SOEP (V28), gewichtet.

Diese Veränderungen führen nach und nach auch zu einer Neuzusammensetzung der Haushaltseinkommen.[67] Die Bedeutung der nicht selbstständigen Erwerbsarbeit wächst zunächst bis Mitte der 1980er Jahre an und geht dann wieder auf den Stand der 1960er Jahre zurück. Selbstständige Arbeit verliert als Einkommensquelle zunächst an Bedeutung, schließlich stabilisiert sich ihr Einkommensanteil. Mit der demografisch und politisch bedingten Ausweitung der Altersphase (und mit der Arbeitslosigkeit) wächst die Bedeutung von sozialen Leistungen. In dem Anstieg der Vermögenseinkommen, sie liegen 2012 bei 16 %, spiegelt sich sowohl deren Funktion als Alterssicherung für Selbstständige wie ihre Funktion als Zusatzeinkommen für vermögende abhängig Beschäftigte.

Mit Blick auf die jeweils dominierende Quelle des Einkommens zeigt sich, dass trotz des Zuwachses der Erwerbstätigen der Anteil der vorwiegend von Erwerbsarbeit finanzierten Personen weitgehend konstant bleibt. Die Finanzierung durch haushaltliche Transfers geht deutlich zurück, umgekehrt steigt der Anteil derjenigen, die vorwiegend durch öffentliche Transfers finanziert werden. Zudem kommt es mit dem ›demografischen Wandel‹ auch zu einem deutlichen Anstieg der Finanzierung durch Renten und Pensionen.

Abbildung 17: Überwiegender Lebensunterhalt[68]



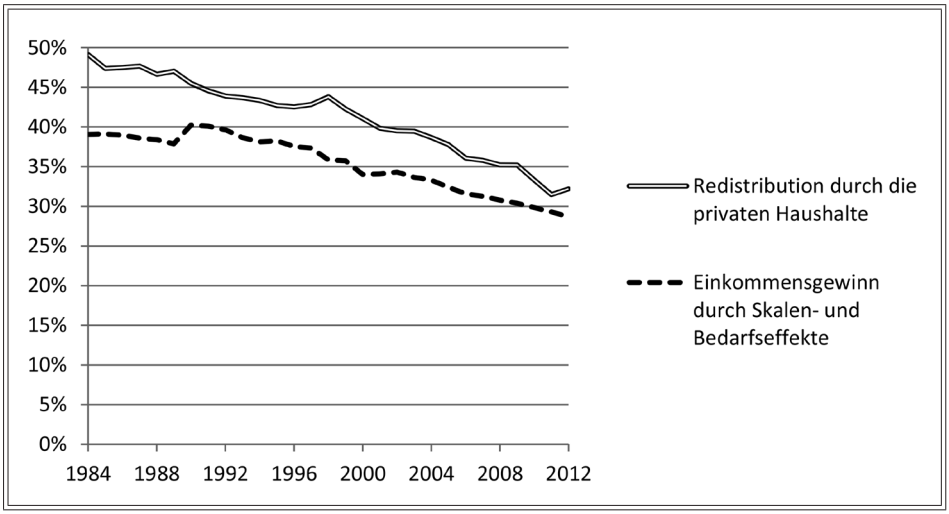
Mit der rückläufigen Haushaltsgröße sinkt das Umverteilungspotenzial der Haushalte (Abbildung 18), sodass Ungleichheiten aus dem Produktionsbereich beziehungsweise dem Sozialsystem in weit geringerem Maße durch haushaltliche Umverteilungen abgemildert werden. Zudem gehen die über die Äquivalenzgewichtung ermittelten rechnerischen Einkommensgewinne durch Skalen- und Bedarfseffekte zurück.

In der Zusammenschau dieser Entwicklungen kann von einer Ausweitung der (un-) gleichheitsbezogenen Handlungsoptionen von Haushalten gesprochen werden; diese gehen auf den Ausbau des Sozialstaats (Bildungssystem, soziale Sicherungssysteme, Unter-

67 Angaben nach Statistisches Jahrbuch 1989 (1960–1986) und Datenbank destatis (1991–2012). Bis 1986 werden die Vermögenseinkommen zusammen mit den Einkommen aus selbstständiger Arbeit ausgewiesen. Die privaten Haushalte umfassen auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

68 Eigene Berechnung mit Mikrozensus 1973–2007 und Statistisches Bundesamt, Fachserie Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ergebnisse des Mikrozensus.

Abbildung 18: Gini-Reduktion durch Redistribution[69]



stützungs- und Beratungsangebote), die Veränderung von Normen beziehungsweise Rollenbildern (Familie, Geschlecht, Alter) und vielerlei technische beziehungsweise medizinische Entwicklungen zurück. Selbstverständlich unterscheiden sich die Möglichkeiten, diesen neuen Raum der Optionen zu nutzen, gravierend nach der sozialen Ausgangslage. Auch wenn die Bildungsexpansion recht erfolgreich war, findet sich in Deutschland eine hartnäckige Reproduktion von Bildungsungleichheit. Es ist ähnlich wie bei der Lohnentwicklung zu einem Fahrstuhleffekt gekommen: eine Anhebung des durchschnittlichen Niveaus bei Fortbestand der strukturellen Differenzen. In der klassischen Industriegesellschaft, wie sie noch bis in die 1960er Jahre zu finden war, hatten feste geschlechtsspezifische Rollenverteilungen, feste Lebenslaufmodelle und ein durchschnittlich niedriges Bildungsniveau rein ökonomisch betrachtet als eine Ungleichheitsbegrenzung fungiert; das veränderte sich im hier betrachteten Zeitraum nachhaltig.

III. Entwicklung sozialer Ungleichheiten seit den 1980er Jahren

Nun werden die disparaten Entwicklungen in den verschiedenen Arenen zusammengeführt, um zu klären, wie sich im Kontext der Transformation der Produktions- und Reproduktionsstrukturen einer Industriegesellschaft und ihrer Regulierung (und Re-Regulierung) monetäre soziale Ungleichheiten verändern. Für die Darstellung wird zum einen die Verteilungsperspektive genutzt; zum anderen wird nach der sozialen Lage spezifischer Gruppen gefragt.

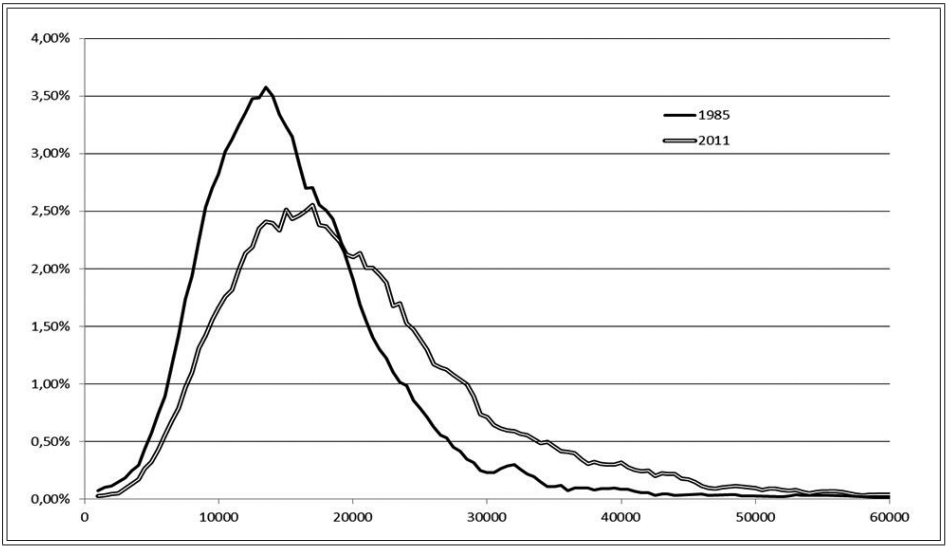
Soziale Ungleichheit aus der Verteilungsperspektive

Abbildung 19 zeigt die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen in Westdeutschland in den Jahren 1985 und 2011.

Man hat es mit eingipfeligen Verteilungen zu tun, die sich um ein Zentrum gruppieren; das heißt, man kann nicht von einer Polarisierung im Sinne eines abgrenzbaren armen

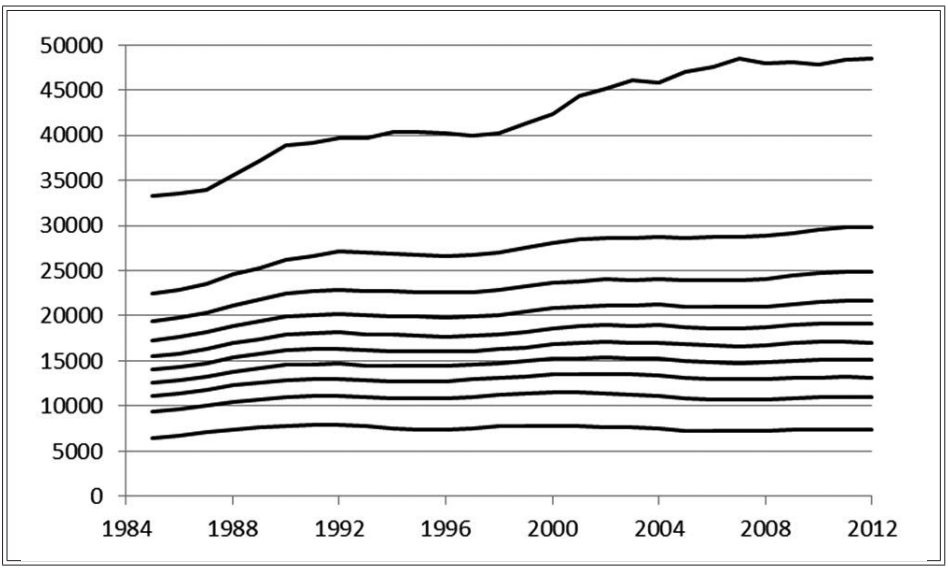
69 Eigene Berechnungen mit Daten des SOEP. Vgl. dazu auch *Jan Goebel*/*Peter Krause*, Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 87, 2007, S. 824–832.

Abbildung 19: Entwicklung der Einkommensverteilung[70]



und eines reichen Pols sprechen. Die Verteilung hat, wenn man von der rechten Flanke absieht, die Gestalt einer Normalverteilung; Normalverteilungen gehen statistisch betrachtet auf das relativ gleichgewichtige Zusammenspiel vieler einkommensrelevanter

Abbildung 20: Entwicklung der Einkommensdezile[71]



70 Eigene Berechnungen mit SOEP (V28), Nettoäquivalenzeinkommen (Westdeutschland), Jahresangaben, in Preisen von 2005.

71 Eigene Berechnungen mit SOEP (V29), Nettoäquivalenzeinkommen nach Dezilen, in Preisen von 2005, gleitendes Mittel.

Faktoren zurück. Im Zeitvergleich wird erkennbar, dass es zwischen 1985 und 2011 zu deutlichen Einkommenszuwächsen gekommen ist (durchschnittlich um mehr als ein Viertel); sie finden sich vor allem in der oberen Einkommenshälfte. Dieser Trend wird noch deutlicher, wenn man die Entwicklung der einzelnen Einkommensdezile (Abbildung 20) vergleicht. In allen Dezilen wächst das Einkommen deutlich an. Während es in den unteren fünf Dezilen zwischen 17 und 21 % sind; werden in den beiden oberen Dezilen sogar 33 beziehungsweise 45 % erreicht.

Nach wie vor finden sich bei den Einkommen deutliche West-Ost-Unterschiede. So gestaltet sich die Einkommensverteilung im Osten deutlich steiler; sie ähnelte auch im Jahr 2011 eher der Verteilung in den alten Bundesländern im Jahr 1984 (vgl. Abbildung 19).

Summarisch kann der Zuwachs der Ungleichheit als Gini-Index der Nettoäquivalenzeinkommen ausgedrückt werden; dieser steigt, wie der Abbildung 12 zu entnehmen ist, von 0,25 auf 0,28. Die Ost-Werte liegen dabei etwa 0,04 Einheiten unter den West-Werten; der regionale Abstand verringert sich nur geringfügig. Die zu recht monierte Untererfassung von Spitzeneinkommen in den auf Befragungen zurückgehenden Datensätzen kann durch die Einbeziehung von Daten aus der Steuerstatistik vermieden werden. Damit fallen die Werte des Gini-Index deutlich höher aus; der Trend verläuft aber weitaus flacher: So stieg er zwischen 1992 und 2003 nur von 0,34 auf 0,35.[72] Diese Zuwächse der Einkommensungleichheit gehen auf die verschiedenen zuvor erörterten Trends in der Arena der gesellschaftlichen Produktion und des Sozialstaats zurück. Zudem veränderte sich die Zusammensetzung der Haushalte und der Einkommensquellen. Rechnerisch wurde versucht, diesen Haushaltseffekt genauer zu bestimmen[73]; demnach können etwa 15 % des Anstiegs der Einkommensungleichheit der Nettoäquivalenzeinkommen auf den Effekt der sich verändernden Haushaltsstruktur zwischen 1991 und 2007 zurückgeführt werden.

Die wachsende Einkommensungleichheit wird nicht selten als zunehmende Polarisierung oder als sich öffnende Einkommensschere interpretiert. Angesichts der Verteilungsbetrachtung und der Analyse der Entwicklung einzelner Gruppen sollte man – wie unten noch genauer gezeigt wird – eher von einer Aufspreizung der Einkommensverteilung sprechen. Die Gewinne reichen weit stärker in die (viel beschworene) Mitte der Gesellschaft hinein. In der längerfristigen Perspektive zeigt sich, dass die Einkommensverteilung – hier als Verteilung der Quintile dargestellt – doch recht stabil bleibt.[74]

Die Berechnung von Armutsquoten erlaubt eine Fokussierung auf das untere Segment der Einkommensverteilung. Die west- beziehungsweise die gesamtdeutsche Armutsquote bewegte sich in den 1980er und 1990er Jahren von kleineren Ausreißern abgesehen zwischen 10 und 11 %. Nach der Jahrtausendwende kam es dann zu einer steigenden Armutsquote, sodass 2011 ein Wert von 14,9 % erreicht wurde. Auch hier zeigt sich mit 12,5 % im Westen und 20,2 % im Osten ein deutliches West-Ost-Gefälle.[75] Im zeitlichen Verlauf wird erkennbar, dass sich die Hartz-Reformen in der Summe eher reduzierend als steigernd auf die Armutsquote ausgewirkt haben; der oben konstatierte Anstieg der Armutsquoten setzte bereits Anfang der 2000er Jahre ein.

Eine weitere Fokussierung der Perspektive auf verfestigte Armut ist mit der von Olaf Groh-Samberg vorgeschlagenen Kombination von Indikatoren möglich: Neben der über fünf Jahre gemittelten Einkommenssituation gehen die Faktoren »Arbeitslosigkeit«,

72 Vgl. *Stefan Bach*/*Giacomo Corneo*/*Viktor Steiner*, From Bottom to Top. The Entire Income Distribution in Germany, 1992–2003, in: Review of Income and Wealth 55, 2009, S. 331–359, hier: S. 324.

73 Vgl. *Peichl*/*Pestel*/*Schneider*, Does Size Matter?.

74 Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) nicht die Spitzeneinkommen erfasst.

75 Vgl. SOEP-Monitor Person 1984–2011, SOEP Survey Papers 119, Berlin 2013.

Abbildung 21: Entwicklung der Einkommensquintile[76]

West					
1962	9,4	13,4	16,7	21,4	39,1
1973	10,5	14,3	17,6	22,1	35,5
1978	10,5	14,3	17,7	22,2	35,3
1988	9,9	14,4	17,9	22,4	35,4
1990	9,4	14,0	17,7	22,5	36,4
1993	9,5	13,9	17,9	22,5	36,4
1998	9,6	14,3	17,6	22,4	36,2
2003	9,5	14,1	17,8	22,6	36,1
2008	8,7	13,6	17,6	22,7	37,4
Ost					
1990	11,8	15,8	19,2	22,9	30,2
1993	11,9	15,6	18,7	22,0	32,0
1996	11,2	15,3	18,7	22,3	32,5
2003	10,9	14,9	18,3	22,6	33,4
2008	9,7	14,2	18,0	22,8	35,3

»Wohnsituation« und »finanzielle Rücklagen« in das Maß ein. Die verfestigte Armut stieg in Westdeutschland von 6 (1984/88) auf 10 % (2005/9), in Ostdeutschland von 4 (1992/96) auf 11 % (2005/9) an.[77]

Exkurs: Vermögensverteilung

Bei der Erfassung der Vermögensbestandteile stellen sich erhebliche Erhebungsprobleme; das geht unter anderem auf die verschiedenen Vermögensarten beziehungsweise die damit verbundenen Bewertungsprobleme und auf die Auskunftsbereitschaft der Befragten zurück. Hinzu kommt, dass die Vermögen bei Selbstständigen beziehungsweise abhängig Beschäftigten unterschiedliche Funktionen haben und die von abhängig Beschäftigten erworbenen Renten- und Pensionsansprüche typischerweise nicht in den Vermögensberechnungen berücksichtigt werden.[78] Auch im Lebensverlauf offenbaren sich erhebliche Vermögensunterschiede.

Grundsätzlich hat man es bei den Vermögen mit einer weitaus stärkeren Konzentration zu tun als bei den Einkommen. Im Zeitverlauf lässt sich dies verdeutlichen, wenn man nicht die Vermögen selbst, sondern die daraus entstandenen Einkommen untersucht. So zeigen Markus Grabka und Jan Goebel, dass sich die Gini-Werte der Ungleichheit der Vermögenseinkommen zwischen 1991 und 2012 von 0,83 auf 0,89 erhöht haben.[79] Eine Aufschlüsselung dieser Entwicklung (Abbildung 22) zeigt, dass die (ohnehin geringen) Ver-

76 EVS-Daten, eigene Darstellung nach Daten aus *Rainer Geißler*, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, Wiesbaden 2006, S. 83, und Statistisches Bundesamt, Fachserie 15.6., Wiesbaden 2008, S. 60f.

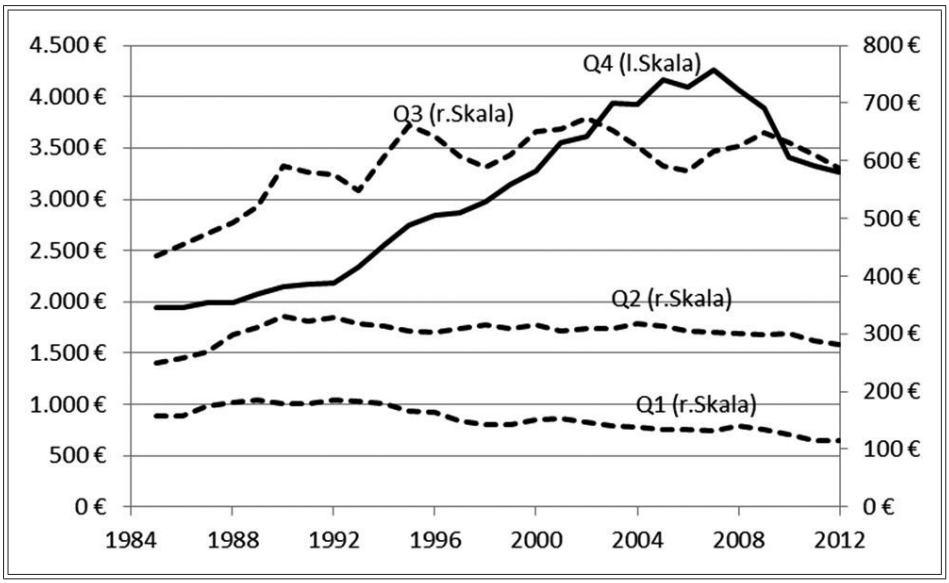
77 Vgl. *Olaf Groh-Samberg*, Armut verfestigt sich – ein missachteter Trend, in: APuZ 51–52, 2010, S. 9–15, hier: S. 14.

78 Ein Ansatz zur Integration findet sich bei *Markus M. Grabka*/*Peter Westerheide*/*Richard Hauser* u.a., Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung, Bonn 2008.

79 Vgl. *Markus M. Grabka*/*Jan Goebel*, Rückgang der Einkommensungleichheit stockt, in: DIW Wochenbericht 80, 2013, Nr. 46, S. 13–23, hier: S. 18.

mögenseinkommen im untersten Einkommensquartil weiter zurückgehen. Im zweiten und dritten Quartil kommt es dann zu gewissen Zuwächsen.

Abbildung 22: Entwicklung der Vermögenseinkommen[80]



Auf ganz anderem Niveau bewegen sich die Vermögenseinkommen im obersten Einkommensquartil; hier kam es bis 2007 zu erheblichen Zuwächsen. Die Folgen der Finanzmarktkrise sind zwar deutlich erkennbar; der Einbruch führte aber nur auf die Werte der Jahrtausendwende zurück.[81]

Die Lage spezifischer sozialer Gruppen

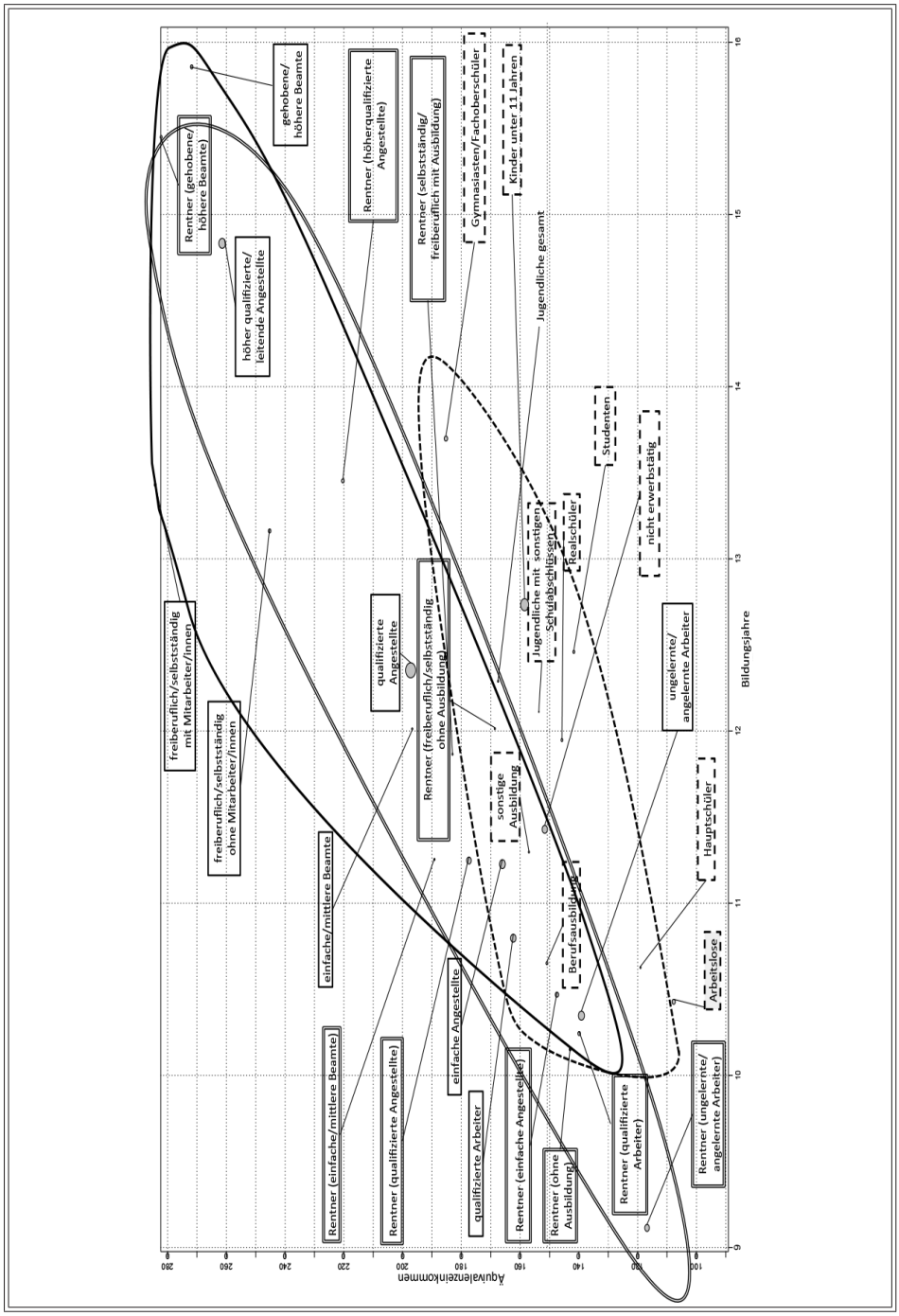
Nun soll untersucht werden, wie sich zwischen 1985 und 2011 mit der Auffächerung der Einkommensverteilung die Lage spezifischer sozialer Gruppen veränderte. Ein wichtiges Ergebnis deutete sich bereits mit der Rechtsverschiebung der Einkommensverteilung (Abbildung 19) an. Die durchschnittliche Einkommenslage hat sich in dem untersuchten Zeitraum um mehr als ein Viertel verbessert; dieser Zuwachs (+27 %) stellte sich jedoch nicht für alle ein.[82] Absolute Absteiger sind die Arbeitslosen (–9 %); ihre Lage verschlechtert sich deutlich. Relative Absteiger sind Arbeiter (+14 %), einfache Angestellte (+16 %) und Auszubildende (+19 %) sowie Nichterwerbstätige (+20 %) – also zum Beispiel Hausfrauen und -männer. Sie erfahren Einkommenszuwächse; diese liegen jedoch unter den durchschnittlichen Zuwächsen. Absolute und relative Aufsteiger sind schließlich Rentnerinnen und Rentner (+33 %), Beamte (+40 %), qualifizierte und leitende Angestellte (+34 %) sowie die sehr heterogene Gruppe der Freiberufler und Selbstständigen (+43 %).

80 Eigene Berechnungen mit SOEP (V29), äquivalenzgewichtete Vermögenseinkommen nach Quartilen, in Preisen von 2005, gleitendes Mittel.

81 Eine ähnliche Entwicklung zeigt der Vermögensproxy; in diesen Wert gehen die Vermögenseinnahmen und der Nettomietwert von selbst genutztem Wohneigentum ein. Vgl. *Christoph Burkhardt*/*Markus M. Grabka*/*Olaf Groh-Samberg* u. a., Mittelschicht unter Druck?, Gütersloh 2013, S. 38.

82 Die Angaben gehen auf eigene Berechnungen mit dem SOEP 2011 zurück; sie beziehen sich auf den Median des Nettoäquivalenzeinkommens.

Abbildung 23: Statusgruppen im sozialen Raum 2011[83]



83 Eigene Berechnungen mit SOEP (V28).

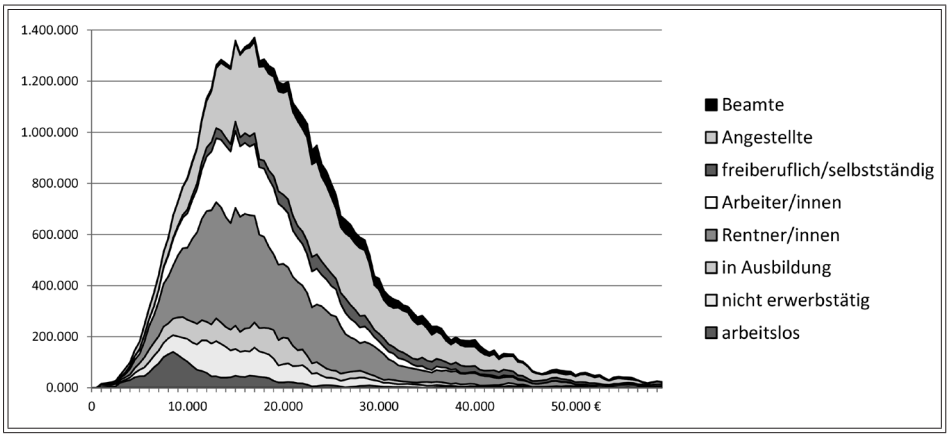
In Ost und West kam es zu ähnlichen Einkommenszuwächsen; die Differenz bleibt aber konstant[84], sodass auch 2011 die Nettoäquivalenzeinkommen im Osten nur bei circa 80 % der Westeinkommen lagen. In ähnlicher Weise verhält sich die Einkommensentwicklung der Geschlechter zwischen 1985 und 2011; bei gleichen Zuwächsen verbleiben die Äquivalenzeinkommen der Frauen bei 95 % der Einkommen der Männer.[85] Der Einkommenszuwachs von Bürgern mit indirektem Migrationshintergrund liegt überdurchschnittlich bei 37 %; bei einem direkten Migrationshintergrund sind es nur 23 %.

In Abbildung 23 werden die Statusgruppen nach ihrer Größe, ihrem durchschnittlichen Einkommen und der durchschnittlichen Bildung[86] in einen Flächenraum eingetragen.

Man findet bei den Erwerbstätigen (einfache Linie) deutliche Unterschiede in den Mittelwerten. So kann das Segment der Arbeiter, Angestellten und Selbstständigen klar gegeneinander abgegrenzt werden. Man hat es stets nicht nur mit Unterschieden im Einkommen, sondern auch in der durchschnittlichen Qualifizierung zu tun. Diese Unterschiede setzen sich in der Rentenphase (Doppellinie) ungebrochen fort oder verschärfen sich sogar. Auch in der Jugend- und Ausbildungsphase (gestrichelte Linie) finden sich deutliche Differenzierungen.

In Abbildung 24 werden die in den mittleren Werten deutlich unterscheidbaren Gruppen (in vereinfachter Form) in der Verteilungsperspektive dargestellt.

Abbildung 24: Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen im Jahr 2011[87]



Dabei wird deutlich, dass es auf diesem Differenzierungsniveau zu erheblichen Überlagerungen der verschiedenen Statusgruppen kommt; man findet nicht links die Arbeiter, dann die Angestellten und so fort. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass sich die Verteilung einiger Gruppen im mittleren und oberen Einkommensbereich deutlich verengt. Die relativ hohen Werte von Auszubildenden und Arbeitslosen gehen vor allem auf Haushaltseffekte, das heißt bessergestellte Partnerinnen und Partner, zurück. Auch eine

84 Das Bezugsjahr ist hier 1995.

85 Verglichen mit den deutlichen Differenzen bei den Arbeitseinkommen werden hier die Ausgleichseffekte der Haushaltskonstellation wirksam; die Differenzen gehen somit auf mehrheitlich weibliche Alleinerziehenden- und Hochaltrigen-Haushalte zurück.

86 In der Vertikalen ist das Nettoäquivalenzeinkommen, in der Horizontalen sind die rechnerischen Bildungsjahre eingetragen. Jugendliche wurden nach den Bildungsjahren ihrer Eltern verortet.

87 Eigene Berechnungen mit SOEP (V28).

feinere Aufschlüsselung der Gruppen bringt kein grundsätzlich anderes Bild.[88] Das heißt, man hat es bei deutlich unterscheidbaren sozialen Gruppen mit hohen Binnendifferenzen innerhalb der Gruppen zu tun, die dann diese erheblichen Überlagerungen hervorbringen. Für die Einschätzung sozialer Ungleichheitsverhältnisse (und ihrer alltagsweltlichen Perzeption) ist dieses Nebeneinander von hoher Überlappung (in der Verteilungsperspektive) und deutlicher Differenz (in der Durchschnittsperspektive) von zentraler Bedeutung.

Exkurs: Die medienöffentlichen und wissenschaftlichen Ungleichheitsdiskurse

In diesem Beitrag wird von einem deutlichen, angesichts der veränderten Rahmenbedingungen aber moderaten Zuwachs von Ungleichheitsphänomenen ausgegangen; das kontrastiert mit der medienöffentlichen Debatte und Teilen des wissenschaftlichen Diskurses. Daher ist zu fragen, wie es zu diesem Kontrast kommt. In der vorliegenden Analyse wurde durchgängig versucht, Trendbeschreibungen durch mehrere Indikatoren empirisch zu fundieren und einen längerfristigen Beobachtungszeitraum zu wählen. Viele Analysen zur Einkommensentwicklung (zum Beispiel Löhne), zur Prekarität (zum Beispiel atypische Beschäftigung, *working poor*) oder zu Transfereinkommen (ALG II, Renten) verbleiben auf der Individualebene; die kompensierenden Effekte der privaten Haushalte geraten nicht in den Blick.

Die typischerweise verwendeten Datensätze weisen einige systematische Schwächen auf. Es gibt einen Kreis von besonders reichen und auch besonders armen Personen, die in Repräsentativ-Befragungen (und insbesondere in Panels) typischerweise nur schlecht erfasst werden. Das heißt, die Spitzeneinkommen von Bankerinnen und Bankern, Managerinnen und Managern oder die Nöte von Tafelbesucherinnen und -besuchern, die in den medienöffentlichen Diskursen eine wichtige Rolle spielen, sind in den hier genutzten Datensätzen (aber auch in anderen) nur unzureichend erfasst. Der verbreitete Einsatz von Gewichtungen kann diese Probleme allenfalls reduzieren, da sich bei Referenzuntersuchungen wie dem Mikrozensus viele Unschärfen in ähnlicher Weise stellen. Weitaus größere Probleme bereitet die Erhebung von Vermögen, insbesondere von Spitzenvermögen. Auch die gängigen Modelle der Schätzung von Steuern und Abgaben unterschätzen die Möglichkeiten der legalen oder illegalen Entlastung von Steuern. Schließlich führen Probleme der Preisbereinigung zu einer Unterschätzung der Belastung ärmerer Haushalte.[89] Grundsätzlich wirken jedoch die meisten dieser Probleme zeitunspezifisch, sodass die skizzierten Trends davon nur bedingt betroffen sind.

In letzter Instanz spielen natürlich die interpretativen Rahmungen eine zentrale Rolle. Wenn man den klassischen regulierten Industriekapitalismus als Referenzrahmen wählt[90] und dessen Ungleichheitsmomente (Sexismus, Rassismus, Klassismus, Heteronormativismus) ausblendet und auf vertikale Differenzierungsmuster fokussiert, kommt man zwangsläufig zu einem anderen Blick auf die jüngeren Entwicklungen, als wenn man versucht, sowohl Gewinne wie Verluste in den Blick zu nehmen, und die Veränderung der Maßstäbe berücksichtigt.[91]

---

88 Vgl. dazu *Christoph Weischer*, Die Modellierung des Sozialen Raums, in: *Nicole Burzan/Peter A. Berger* (Hrsg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 107–134, hier: S. 121f.

89 Vgl. *Pirmin Fritzer/Friedrich Fessler*, The Distribution of Inflation among Austrian Households, in: Monetary Policy and the Economy 2013, H. 3, S. 12–28.

90 Vgl. dazu zum Beispiel den bezeichnenden Titel von *Elmar Altvater*, Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster 2006, oder die neuere Arbeit von *Wolfgang Streeck*, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.

91 So vermerkt Rosanvallon, dass das »neue Zeitalter der Ungleichheiten […] mit gegenläufigen Formen einer erhöhten Sensibilität für Diskriminierungen und zunehmender Anerkennung von

IV. Fazit: Soziale Ungleichheit in der transformierten Industriegesellschaft

Die langfristig recht stabile Einkommensverteilung (Abbildung 21) und der im internationalen Vergleich moderate Zuwachs des Gini-Index lassen vermuten, dass sich sozialstrukturell eigentlich gar nicht viel geändert hat; das ist so nicht zutreffend. Klassische Ungleichheitsmomente verlieren an Bedeutung, andere gewinnen jedoch an Bedeutung. Es kommt zudem auf allen Ebenen zu einer Veränderung der Thematisierung von Ungleichheit.

Entwicklung von Ungleichheitsmomenten

Differente Arbeitspraktiken und damit verbundene Ungleichheiten, die auf verschiedene Sektoren (industriell/vorindustriell, primär/sekundär/tertiär), Branchen, Sozialversicherungsgruppen (Arbeiter/Angestellte/Beamte, Abhängig Beschäftigte/Selbstständige) oder Tätigkeitsinhalte (manuell/nicht manuell, körperlich/geistig) zurückgehen, verlieren tendenziell an Bedeutung. Das hängt mit Prozessen der Höherqualifizierung, der Technisierung und Informatisierung, der betrieblichen Reorganisation von Tätigkeiten und der Herausbildung von Arbeitskraftunternehmern zusammen.

Bei den geschlechtsspezifischen Ungleichheiten gibt es zum einen viele Hinweise für einen Bedeutungsverlust dieser Differenzierung: Die Unterschiede in der Qualifizierung gehen deutlich zurück; es kommt zu einem säkularen Anstieg der Erwerbsbeteiligung; tendenziell verbessert sich auch die Stellung in der Hierarchie. Viele rechtliche Kodifizierungen, die geschlechtsspezifische Differenzierungen hervorgebracht oder affirmiert haben, sind verschwunden; häusliche Gewalt- und Ungleichheitsverhältnisse wurden entprivatisiert. Diese Entwicklung wurde durch die wissenschaftliche und medienöffentliche Thematisierung und die gesellschaftliche Dauerbeobachtung dieser Differenzen vorbereitet und begleitet. Zum anderen bleiben ein erheblicher Entlohnungsabstand, ein *Ceiling*-Effekt, differente Qualifikationswege und Branchen und die weiterhin sehr ungleiche Verteilung der nicht entlohnten Arbeit in den Haushalten. Auch auf der Ebene der Bilder und Normalvorstellungen von den Geschlechtern stellt sich die Situation eher durchwachsen dar.

In erheblichem Maße haben Stadt-Land-Unterschiede an Bedeutung verloren; während es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sinnvoll war, städtische und ländliche Sozialstrukturen differenziert zu analysieren, haben sich diese Unterschiede heute eingeebnet. Umgekehrt nehmen regionale Disparitäten spätestens mit der Integration der neuen Bundesländer deutlich zu.

Mit dem Wandel des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses und seiner Regulierung ist auf allen Ebenen ein Bedeutungszuwachs von Bildungsungleichheiten verbunden; das betrifft nicht nur den Zugang zu Erwerbsarbeit, sondern gleichermaßen den Zugang zu Weiterbildung oder anderen sozialstaatlichen Leistungen und schließlich auch das private Leben.

Der (sozial differenzierte) Anstieg der Lebenserwartung und die (zeitweise) Politik der Frühverrentung (zur Entlastung des Arbeitsmarkts beziehungsweise zur Bewältigung der Vereinigungsfolgen) haben zu einer deutlichen Ausweitung der Ruhestandsphase geführt; das impliziert jedoch, dass Ungleichheiten in der Altersversorgung in höherem Maße auf

---

Differenzen einhergeht« (*Pierre Rosanvallon*, Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg 2013, S. 263). In ähnlicher Weise skizziert Jens Beckert für die USA einen Trend, »in dessen Zentrum die Gesetzgebung zu Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt steht«. So komme es »zu einer Verbesserung der Chancen bisher benachteiligter Gruppen, bei gleichzeitiger Zunahme von sozialer Ungleichheit« (*Jens Beckert*, Wer zähmt den Kapitalismus?, in: *ders./Bernhard Ebbinghaus/Anke Hassel* u. a. [Hrsg.], Transformationen des Kapitalismus, Frankfurt am Main 2006, S. 425–442, hier: S. 437).

die gesellschaftliche Ungleichheitsbilanz durchschlagen. Ein ähnlicher Effekt ergibt sich durch die langen Ausbildungs- und Berufseinmündungsphasen.

Wie im Haushaltskapitel gezeigt wurde, haben sich mit der zumindest partiellen Erosion von starren Geschlechts- und Generationsrollen und mit dem Qualifikationszuwachs auch die ungleichheitsbezogenen Handlungsoptionen der Haushalte erweitert. Sie sind nicht länger nur die Instanz, die soziale Ungleichheiten erleidet; sie werden auch zu einer Instanz, die Ungleichheiten (bewusst oder unbewusst) produziert und reproduziert. Der Bedeutungszuwachs der haushaltlichen Handlungsoptionen führt nicht nur zu einer Veränderung im Ungleichheitsgeschehen, sondern auch zu Veränderungen in der Deutung von Ungleichheiten.

Mit den säkularen Einkommenszuwächsen und den Erfolgen des Sozialstaats entstehen 50 Jahre nach der Bildungsexpansion und Nachkriegsprosperität bedeutende Kumulationseffekte. Es kommt zu biografischen und bei erfolgreicher Vererbung auch zu generationellen Kumulationsprozessen, ein Phänomen, das früher auf das Bildungsbürgertum oder die Unternehmerschaft begrenzt war. Das betrifft nicht nur das ökonomische, sondern auch das kulturelle Kapital. Man hat es sozialstrukturell betrachtet nicht mehr mit der ersten Generation von Einkommens- und Bildungsaufsteigerinnen und -aufsteigern zu tun, der Bourdieu in seiner Studie zu den feinen Unterschieden sehr treffend den Schweiß des Aufstiegs zuschrieb, sondern mit der zweiten und dritten Generation. Auch die Ost-West-Ungleichheiten hängen neben der Lohndifferenzierung und der Branchenstruktur erheblich mit den kumulierten Unterschieden zusammen, die sich insbesondere in den Vermögen ausdrücken; Ähnliches gilt für die Unterschiede von Migranten und Nichtmigranten.

Auch wenn die vielerorts zu findende zeitgenössische Wahrnehmung eines beschleunigten sozialen Wandels trügt, hat man es mit verschiedenen eher langfristig verlaufenden Wandlungsprozessen in Produktion und Reproduktion wie im Feld der politischen Regulierung zu tun. Damit hängen soziale Lagen auch davon ab, wie gut es Einzelnen gelingt, zeitspezifische Chancen zu nutzen und auf Veränderungen der ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen oder auf Veränderungen der durchschnittlichen Produktions- und Reproduktionsstrategien ihrer Mitmenschen zu reagieren. Auch die variierenden Generationsstärken haben unterschiedliche Möglichkeitsräume eröffnet. Soziale Ungleichheiten gehen damit auch auf Timing-Effekte zurück: So gestalten sich zum Beispiel die Erfolgschancen von Migrantinnen und Migranten angesichts des ökonomischen, politischen und sozialen Wandels je unterschiedlich; Migration heißt heute Zuwanderung in eine transformierte Industriegesellschaft (mit den damit verbundenen Einkommens- und Bildungszuwächsen). Die durchschnittliche soziale Differenz von Neuzugewanderten und Autochthonen war in den 1960er Jahren weitaus geringer.

In der globalen Perspektive ist zu beobachten, dass es im Kontext der europäischen Integration beziehungsweise der Globalisierung tendenziell zu einem Abbau der Ungleichheiten zwischen den Ländern kommt; umgekehrt steigt aber in den meisten Fällen die Ungleichheit innerhalb der Länder.

Veränderung der Ungleichheitsdiskurse

Die hier analysierten Prozesse der Transformation der klassischen Industriegesellschaft reichen weit über den Wandel der ›realen Verhältnisse‹ hinaus; es geht auch um einen Wandel der politischen, medienöffentlichen und privaten Interpretation; schließlich ist auch der Wandel der wissenschaftlichen Interpretation nicht zu unterschätzen.[92] Es kommt

92 *Karl Ulrich* Mayer kommt 2004 nach einer Durchsicht der Sozialstrukturforschung zur Nachkriegsphase zu einem ernüchternden Befund: »Bei genauerer Prüfung ist der Realitätsbezug allerdings weithin ungesichert und zum Teil zweifelhaft. Die rasche Abfolge von Integration und Ausgrenzung, verschärften Klassenlagen und Zerfall der Klassengesellschaft, Entschichtung

zu einer Modifizierung des Ungleichheitshorizonts und einer Neubewertung von Ungleichheiten: Die Lebenssituation der Frauen bleibt nicht länger im Privaten verborgen, die der Migrantinnen und Migranten wird nicht länger als die der »Ausländer« oder Fremden ausgeblendet, Menschen mit wenig Ressourcen werden nicht länger als »Asoziale« oder Außenseiter, und somit als Andere, begriffen. Insbesondere die Auseinandersetzung um die Paradigmata sozialstaatlichen Handelns (zum Beispiel um das »Fordern und Fördern«) und die damit verbundene Bewertung sozialpolitischer Reformen offenbart eine Ausdifferenzierung von Diskursen; exemplarisch lässt sich das an den Positionen von Anthony Giddens, Pierre Rosanvallon, Amartya Sen auf der einen und Colin Crouch und Wolfgang Streeck[93] auf der anderen Seite zeigen.[94]

Auch auf der alltagsweltlichen Ebene kommt es in hochmobilen und kommunikativ vernetzten Migrationsgesellschaften zu einer Multiplizierung von räumlichen und paradigmatischen Referenzen für Ungleichheitsdiskurse, je nachdem ob ein regionaler, nationaler, europäischer oder globaler Vergleichsmaßstab herangezogen wird.[95] Diese Aufsplitterung der Diskurse wird schließlich auch für die wissenschaftliche Analyse zum Problem, weil damit differente Bezugspunkte von Gleichheits- und Gerechtigkeitsdiagnosen entstehen.

Soziale Ungleichheit 3.0

Der Titel dieses Beitrags soll indizieren, dass man es in den transformierten Industriegesellschaften tendenziell mit einem neuen oder modifizierten Typ sozialer Ungleichheit zu tun hat. Wenn man die Ungleichheiten in der frühen wohlfahrtsstaatlich noch kaum regulierten Industriegesellschaft als Soziale Ungleichheit 1.0 und die Ungleichheiten der klassischen wohlfahrtsstaatlich regulierten Industriegesellschaft als Soziale Ungleichheit 2.0 bezeichnet, so bietet es sich an, die Entwicklung der letzten Jahrzehnte (eine transformierte Industriegesellschaft, ein entwickelter beziehungsweise re-regulierter Wohlfahrtsstaat und reorganisierte Hauswirtschaften) als die Herausbildung eines neuen Modus (Soziale Ungleichheit 3.0) zu begreifen. Dabei ist die Ungleichheit 3.0. mehr als ein Effekt von technischen (zum Beispiel Mikroelektronik), ökonomischen (Globalisierung) oder regulatorischen (Umbau des Sozialstaats) Veränderungen; es ist in Anlehnung an das Web 2.0 (ein Produkt beziehungsweise eine Dienstleistung, an deren Erstellung die Nutzerinnen und Nutzer in gewissem Maße beteiligt sind) eine Ungleichheitskonstellation, an der die, die diese Ungleichheit erfahren, in weitaus höherem Maße selbst beteiligt sind als zuvor. Damit soll verdeutlicht werden, dass sowohl die durchschnittlichen Handlungsoptionen der privaten Haushalte (diese Einschätzung ist nicht mit der neoliberalen Lesart von Eigenverantwortung zu verwechseln) wie auch deren Unterschiede erheblich zugenommen haben. Was den einen Möglichkeiten der Entfaltung und der Emanzipation beziehungsweise Anerkennung bietet, kann sich anderen als Verhaltenszumutung und große Belastung darstellen.

---

und Restratifizierung verweist auf ein Ausmaß an Diskontinuität, das für Sozialstrukturen ungewöhnlich wäre« (*Karl Ulrich Mayer*, Sinn und Wirklichkeit, in: *Karl-Siegbert Rehberg* (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede, Teil 2, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 1329–1355, hier: S. 1337).

93 Gemeint sind seine jüngeren Veröffentlichungen.

94 Vgl. *Anthony Giddens*, Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main 2001; *Rosanvallon*, Die Gesellschaft der Gleichen; *Amartya Kumar Sen*, Der Lebensstandard, Hamburg 2000; *Colin Crouch*, Über das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt am Main 2011; *Streeck*, Gekaufte Zeit.

95 Vgl. dazu *Steffen Mau*, Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten, Frankfurt am Main 2007.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat auch mit einigen Spezifika der Ungleichheit 2.0 beziehungsweise der Nachkriegskonstellation zu tun. In dieser Zeit war es durch Kriegsfolgen, Flucht und Vertreibung, später durch die fordistischen Egalisierungen[96] beziehungsweise den ausgebauten Sozialstaat und die Durchsetzung von geschlechtsspezifischen Normalbiografien beziehungsweise des männlichen Alleinernährermodells (und deren politischer Kontrolle) zu einem deutlichen Rückgang zum Beispiel von Einkommensungleichheiten gekommen. Man hat es demgegenüber in den folgenden Jahrzehnten mit multipel strukturierten Ungleichheiten zu tun; das heißt, sie entstehen und reproduzieren sich in ganz unterschiedlichen Arenen. Es gibt nicht länger die eine Zentralinstanz (die Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess), die über soziale Lagen entscheidet; Ungleichheitsverhältnisse werden darüber hinaus auf der (entwickelten) wohlfahrtsstaatlichen wie auf der haushaltlichen Ebene gebrochen.

»Selbstverständlich bestehen auch weiterhin Ungleichheiten zwischen Gruppen (Reiche und Arme, Manager und Arbeiter, usw.), doch haben sie sich gewissermaßen individualisiert, was ihre Wahrnehmung verändert. Ungleichheiten resultieren inzwischen ebenso sehr aus (individuellen) Situationen, die variieren, wie aus (sozialen) Lagen, die sich reproduzieren.«[97]

Die hier präsentierten Befunde zeigen jedoch, dass auch diese »Individualisierungen« durchaus Strukturen aufweisen.

Der in der Zusammenschau zu beobachtende Fortbestand (trotz hoher Ungleichheits- und Armutswerte) noch moderater Ungleichheitsverhältnisse in Deutschland (!) sollte nicht zu der Einschätzung verleiten, dass sich Ungleichheiten gleichermaßen von selbst regeln (wenn man dem Markt oder den Individuen nur freien Lauf lässt oder den Sozialstaat konserviert). Vielmehr ist die Konstellation neben der (derzeit) relativ guten ökonomischen Lage zum einen das Ergebnis einer im Saldo immer noch erfolgreichen – wenn auch verbesserungswürdigen – Regulierung des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses (und der darum geführten Auseinandersetzungen); zum anderen ist sie das Ergebnis von mitunter mühevollen Emanzipations-, Kompensations- und Anpassungsstrategien der privaten Haushalte.

96 Vgl. dazu Robert Castels Konzept der Lohnarbeitsgesellschaft: *Robert Castel*, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2008.

97 *Rosanvallon*, Die Gesellschaft der Gleichen, S. 268.